

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn



Discussion Paper

C220
2013

Michaele Schreyer

Europäische Integration aus historischer Erfahrung Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

ISSN 1435-3288

ISBN 978-3-941928-26-8

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1810
Fax: +49-228-73-1818
<http://www.zei.de>

Michaele Schreyer studierte von 1970 bis 1976 Wirtschaftswissenschaften und Soziologie an der Universität zu Köln, Promotion 1983 zur Doktorin der Politischen Wissenschaft. Seit 1977 verschiedene wissenschaftliche Stellen an der FU Berlin, bei der Fraktion der Grünen im Bundestag und beim ifo Institut in München. 1989-1990 Senatorin für Stadtentwicklung und Umweltschutz im Land Berlin, 1991-1999 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, 1991-1995 Mitglied des Präsidiums und 1998-1999 Fraktionsvorsitzende der Grünen im Abgeordnetenhaus. 1999-2004 als EU-Kommissarin zuständig für die Generaldirektion Haushalt und das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung. Vizepräsidentin des Netzwerkes der Europäischen Bewegung Deutschland, Lehraufträge am politikwissenschaftlichen Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, im interdisziplinären Masterstudiengang Europawissenschaften Berlin und an der Hertie School of Governance. Schreyer war das erste und bisher einzige grüne Mitglied der EU-Kommission.

Michael Gehler, Professor am Institut für Geschichte an der Universität Hildesheim. 1999-2006 Professor am Institut für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck, 1992-1996 Research Fellow des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in Wien, Senior Fellow am Zentrum für Europäische Integrationsforschung in Bonn. 2006 Jean Monnet ad personam Chair für vergleichende europäische Zeitgeschichte und Integrationsgeschichte durch die EU-Kommission, seit 2013 Direktor des Instituts für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) in Wien.

Michaele Schreyer

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Gehler:

Ich darf recht herzlich Frau Michaele Schreyer zu unserem institutsinternen Expertengespräch im Rahmen der Reihe „Europagespräche“ des Instituts für Geschichte der Universität Hildesheim begrüßen. Wir stellen allen unseren Gästen vergleichbare Fragen und eine erste lautet: Können Sie uns etwas zu Ihrem Elternhaus berichten, Ihrer Erziehung, zu prägenden Einflüssen in Kindheit und Jugend?

Schreyer:

Ich bin 1951 in Köln geboren worden und aufgewachsen in der Zeit des Wiederaufbaus mit sehr positiven Zukunftserwartungen und in einem Land mit einer Verfassung, die für Demokratie und Freiheit steht. Das war für meine Kindheit und Jugend sehr prägend. Ich war die jüngste von drei Kindern, alle Mädchen. Mein Elternhaus war stark bildungsorientiert. Meine Mutter war Bankkauffrau. Sie hat sich nach der Familiengründung ganz der Familie gewidmet. Meine Eltern haben sich kennengelernt, als meine Mutter, sie war Kölnerin, in den Kriegsjahren in Oberfranken evakuiert war. Mein Vater, er kommt aus dem Fichtelgebirge, ist nach Kriegsende mit in das zerstörte Köln gekommen. Er war gelernter Schlosser, wurde dann Lokomotivführer und damit Bundesbahnbeamter. Mein Elternhaus war typisch für diesen Teil der Mittelschicht mit der Überzeugung und mit der Erfahrung, durch eigene Anstrengung sich und

Michaele Schreyer

den Kindern eine gute Zukunft schaffen zu können. Schon 1954 wurde unter großen Anstrengungen ein Haus im Grünen mit großem Garten gebaut, um den Kindern ein gutes Zuhause zu geben und eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Ich bin also sozioökonomisch und kulturell stark von diesen Erfahrungen geprägt, nämlich neue Möglichkeiten durch eigene Anstrengung realisieren zu können, und von Freiheitsbegehren und Bildungsorientierung. Ich hatte auch das Privileg, dass frühzeitig klar war, dass ich nach dem Abitur – ich war auf einem mathematisch-naturwissenschaftlichen Mädchengymnasium – studieren kann.

Gehler:

Gab es für Sie in jungen Jahren auch schon Vorbilder, vielleicht aus der Politik, der Geschichte und der Literatur?

Schreyer:

Vorbilder in dem Sinne, dass ich werden wollte wie eine andere Person, habe ich mir nicht gesetzt. Aber natürlich habe ich als junger Mensch auch für Personen geschwärmt, z.B. für John F. Kennedy. Ansonsten waren es mehr Ideale und Werte, die mich anzogen, auch durch Literatur. Meine Mutter hat mich z.B. an die Bücher von Heinrich Böll herangeführt. Als Kölnerin lag das sehr nahe. Es war die Vergangenheitsbewältigung nach dem Krieg, die mich interessierte und die Orientierung zu Liberalität und Freiheit. Ich bin auch im besten Sinne antiautoritär erzogen worden, obwohl dieser Erziehungsbegriff damals noch keine Rolle spielte und meine Eltern ihn wahrscheinlich abgelehnt hätten – nämlich immer zu hinterfragen, ob ein bestimmter Weg oder eine Position richtig ist – egal von welcher Autorität sie vertreten wird. Das war auch ein Einfluss des bayerischen Widerspruchsgeists meines Vaters. Gleichzeitig wurde ich aber auch gemeinschaftsorientiert erzogen. Wir waren quasi eine Großfamilie, denn meine Großeltern wohnten mit im gemeinsamen Haus und meine Mutter führte das Haus sehr offen und gastfreundfreundlich. Von daher habe ich beides gelernt: meinen Willen durchzusetzen, aber auch kompromissbereit zu sein und Verantwortung in einer Gemeinschaft zu übernehmen. Später wurde dann die Gemeinschaft, für die ich Verantwortung übernommen habe, immer größer.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Gehler:

Adenauer, Erhard, Kiesinger, Brandt und Schmidt: spielten diese Namen, Personen eine Rolle für Sie?

Schreyer:

Für mich als Rheinländerin, als Kölnerin spielte der Name Adenauer selbstverständlich eine starke Rolle. Insgesamt haben der rheinische Katholizismus mit seiner Toleranz und Bejahung von Lebensfreude und der rheinische Kapitalismus mit seinem Partnerschaftsansatz und Interessenausgleich mein persönliches Verhalten wie auch meine politischen Positionen stark beeinflusst. Dann kam die Zeit von Brandt, mit dem Aufruf ‚mehr Demokratie wagen‘. Dies hat für meine Generation wichtige Impulse gegeben und bei mir erstmals eine Idee des Politischen ausgelöst. Während der Amtszeit von Helmut Schmidt studierte ich bereits Wirtschaftswissenschaften und ich verfolgte und diskutierte Entscheidungen folglich auch unter diesem Aspekt. Außerdem spielte Helmut Schmidt für die Entstehungsgeschichte der Grünen eine wesentliche Rolle.

Gehler:

Was waren die Motivatoren für den Weg in die Politik und warum gerade Bündnis90/Die Grünen? Warum ist es gerade diese Partei gewesen?

Schreyer:

Ich hatte keinen Weg in die Politik geplant, zumal ich mit Parteien nichts am Hut hatte. Ich war gegenüber Großorganisationen skeptisch. Meine ökonomische Ausbildung und meine wissenschaftliche Tätigkeit haben mich dann aber 1983 zu den Grünen geführt. In Köln hatte ich Volkswirtschaft und Soziologie studiert und war danach an der Freien Universität Berlin am Institut für Steuern, Finanzen und Sozialpolitik als Assistentin tätig. Dort habe ich 1982 über ein finanzwissenschaftliches Thema – Transferpolitik im Föderalismus – promoviert. Als die Grünen 1983 das erste Mal in den Bundestag einzogen, mussten sie sich nicht nur mit den Themen der Bewegungen befassen, aus denen die Partei entstanden ist – Themen der Ökologie, der Friedenspolitik, des Feminismus –, sondern mit sämtlichen Fragen, die im Bundestag auf die Tagesordnung kommen, eben auch mit wirtschaftlichen Themen. So wurde ich bei der ersten

Michaele Schreyer

Bundestagsfraktion der Grünen Referentin für Finanzpolitik. Das war eine höchst spannende Aufgabe, weil es darum ging, überhaupt erst einmal grüne Wirtschafts- und Finanzpolitik, ihre Ziele und Instrumente zu definieren. Ich habe u.a. an den ersten Entwürfen für ökologische Steuern oder an dem Programm „Ökologischer Umbau der Industriegesellschaft“ mitgearbeitet und Bücher und Artikel publiziert zum Verhältnis von Ökonomie und Ökologie. Das war eine Thematik, die zu dieser Zeit nicht nur im politischen, sondern auch im wirtschaftswissenschaftlichen Raum relativ neu war.

Der zweite Pfad, der mich in die Politik geführt hat, war die Frauenbewegung, in der ich durch meine Tätigkeit als wissenschaftliche Assistentin an der FU Berlin aktiv wurde. In den 1970er Jahren stieß es noch auf Widerstand seitens des Prüfungsamtes der Universität, Diplomarbeitsthemen aus dem Bereich Frauen und Arbeitsmarkt oder Frauen und Rentenpolitik zuzulassen, weil es interessengebundene Fragestellungen seien. Ich habe mich als Assistentin dann dafür eingesetzt, dass Studentinnen solche Themen wählen können, und nach einigem Hin und Her wurden die frauenspezifischen Themen doch zugelassen – heute eine Selbstverständlichkeit und mittlerweile gibt es erfreulicherweise ja eine Anzahl von Lehrstühlen für Frauenforschung. Für mich war es damals ein Schlüsselerlebnis, dass Engagement Veränderung bewirkt. Das hat bei mir Lust auf Politik geweckt.

Gehler:

Darf ich noch auf diese Zeit des Studiums und an der Freien Universität Berlin in den 1970er Jahren zurückkommen? Haben Sie während dieser Zeit des Studiums Vorbilder oder prägende Figuren erlebt, z.B. als akademische Lehrer oder Professoren? Oder jemanden, an dem Sie sich reiben konnten und wollten mit Blick auf Aufbruch und neue Horizonte?

Schreyer:

Ich habe ab 1970 an der Universität zu Köln Volkswirtschaft und Soziologie studiert. Zu der Zeit gab es noch keine strikten Begrenzungen der Semesterzahl. So konnte ich nicht nur die Semesterferien für ausgedehnte Reisen nutzen, um die Welt kennenzulernen, sondern auch einmal

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

ein Semester hitzigen wissenschaftstheoretischen Debatten widmen, die in Folge der Veränderungen durch die 68er eine Rolle an den Universitäten spielten. Das Studium war eine wirklich privilegierte Zeit. In der Soziologie hatte ich noch das Vergnügen, René König und Alfons Silbermann zu hören. Mein starkes, geradezu leidenschaftliches Interesse hat aber die Finanzwissenschaft geweckt. Hier war Klaus Mackscheidt der wichtigste akademische Lehrer für mich und auch bei Hansmeyer habe ich gehört. Die Finanzpolitik hat mich mein späteres politisches Leben ja nicht mehr losgelassen – ob als Referentin bei den Grünen im Bundestag oder als Abgeordnete in Berlin oder als Mitglied der Europäischen Kommission.

Gehler:

Gab es an der FU Berlin, als Sie Assistentin dort waren, auch solche Persönlichkeiten?

Schreyer:

Ich war Universitätsassistentin am Lehrstuhl von Prof. Winfried Schmähl, Sozialpolitik, ein Experte für Alterssicherungspolitik. Zu dieser Zeit war die Lehre und Forschung der Sozialpolitik noch in den Wirtschaftswissenschaften angesiedelt. Heute findet sie sich an den Universitäten fast nur noch im politikwissenschaftlichen Bereich. Ich finde diese Entwicklung nicht gut, denn m.E. sollte in einer sozialen Marktwirtschaft die Sozialpolitik als Bestandteil der ökonomischen Ausbildung angeboten werden. Winfried Schmähl war u.a. Mitglied, später Vorsitzender des Sozialbeirates der Bundesregierung und in vielen Enquete-Kommissionen, also in der wissenschaftlichen Politikberatung sehr aktiv. Auch das war ein wichtiger Baustein für meinen späteren Weg in die Politik.

Gehler:

Wie sind Sie eigentlich von Köln nach Berlin gekommen? Sie kamen ja nach West-Berlin als die Mauer 1977 noch stand.

Schreyer:

Der Weg einer Absolventin der Universität zu Köln mit einem guten Diplom der Volkswirtschaft in der Tasche ging normalerweise nach Bonn, in die Bundesministerien. Ich hatte ein interessantes Angebot aus dem Forschungsministerium, damals unter Matthöfer. Ich habe mich aber für

Michaele Schreyer

das Angebot an der FU Berlin entschieden. Es entsprach mehr meinem Lebensgefühl, mich reizten die Stadt, die Uni und die Möglichkeit zu eigener Forschung.

Gehler:

Sie sind heute Honorarprofessorin an der FU Berlin und u.a. in einem postgraduierten Studiengang „Europawissenschaft“ eingebunden. Wie bewerten Sie solche Studiengänge „European Studies“ allgemein?

Schreyer:

Ich habe auch während meiner Tätigkeit als Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin Lehrveranstaltungen an der FU gehalten – zu Haushalts- und Finanzpolitik – und habe direkt nach Ende meiner Amtszeit als Mitglied der Europäischen Kommission die Lehrtätigkeit wieder aufgenommen – nun zur Wirtschafts- und Finanzpolitik in der EU. Die Studierenden schätzen die Verbindung zur politischen Praxis sehr. Zudem hatte ich die Erfahrung gemacht, dass das Wissen über die EU, die Institutionen, Entscheidungsverfahren, Zuständigkeiten etc. im nationalen Politik- und Verwaltungsbetrieb, auch im journalistischen Bereich, häufig – ich sage es mal diplomatisch – verbesserungsbedürftig ist. Es ist ja auch nach wie vor so, dass in den schulischen Curricula die EU oft zu kurz kommt. Ich finde es deshalb sehr gut, dass immer mehr Universitäten European Studies anbieten bzw. auch andere Studiengänge europäisiert werden. Bei den postgraduierten europawissenschaftlichen Studiengängen – sei es in Berlin oder dem ZEI Bonn – gefällt mir vor allem die Internationalität. Die Studierenden kommen aus einer Vielzahl von Ländern. Dadurch lernen sie andere als nur die nationale Perspektive auf die EU kennen. Für das Verständnis der europäischen Integration und ihrer Weiterentwicklung ist das fundamental wichtig.

Gehler:

Es ist doch erstaunlich, wie häufig bei den European Studies die Kombination Politikwissenschaft-Wirtschaft-Recht vorhanden ist und die Geschichte noch hinterherhinkt. Die Geschichtswissenschaften sind die late-comer. Jean-Monnet-Chairs und Europawissenschaften sind eher rechtswissenschaftlich, europarechtlich, politikwissenschaftlich und

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

ökonomisch ausgerichtet. Die Zeitschrift für europäische Integrationsgeschichte gibt es erst seit 1995, zwei Jahre nach Inkrafttreten des Unionsvertrages von Maastricht. Auffallend ist, dass es so etwas wie einen Studiengang wie „Forward Studies on Europe“ nicht gibt, der sich mit den Fragen beschäftigt, welche zukünftigen Konzepte von Europa es geben kann und welche es in der Geschichte, Ökonomie und Politik gab, sozusagen europäische Zukunftsforschung betreibt, wie es der Luxemburger Romain Kirt angedacht hat. So würde man Think Tanks aufbauen und schon für die Zukunft sorgen, d.h. den akademischen Nachwuchs schon auf den Fall vorbereiten, wie Europa aussehen könnte und sollte. Bei der Kommission Santer hat das erstmals angefangen.

Schreyer:

Lassen Sie mich die Frage nach dem Umgang mit der eigenen Geschichte der Europäischen Union aufgreifen. Ich habe es als Mitglied der Kommission als Mangel empfunden, dass die „eigenen“ kulturellen Orte, die für die Geschichte der EU stehen, fehlen. In den Mitgliedsstaaten wird die Erinnerung an bedeutende Geschichtsdaten an Stätten und Plätzen zelebriert, die für die nationale Geschichte und Kultur stehen. Die EU als supranationale Ebene ohne eigenes Territorium hat nur ihre Arbeitsstätten und -gebäude, aber nicht den gemeinsamen kulturellen Ort, an dem ihre Geschichte physisch erlebbar und zelebriert werden kann.

Gehler:

Vielleicht ist das „Haus der europäischen Geschichte“ ein möglicher Ort dafür?

Schreyer:

Ja. Vielleicht.

Gehler:

Die Frage ist ja nicht nur welches Territorium und welcher Ort. Der Wiener Historiker Wolfgang Schmale hat etwas ikonoklastisch und häretisch die Frage gestellt „Scheitert Europa an seinem Mythendefizit?“ – gemeint war die EU. Was hat das europäische Gemeinschaftsgebilde, die Europäische Union, für einen Mythos? Hat sie überhaupt einen? Kann sie auf einen

Michaele Schreyer

Mythos zurückgreifen? Wird das ein Problem sein, wenn und weil es keinen Mythos gibt?

Schreyer:

Und er meint Mythos, nicht ein Narrativ?

Gehler:

Zunächst einmal greift er die Geschichte mit der Entführung der Europa durch Zeus auf. Er argumentiert weiter, dass dies kein kuscheliger und wärmender Mythos ist. Übertragen auf die viel kürzere Geschichte der Europäischen Union, fragt sich, wo dort der Mythos ist. Anders formuliert: „Können Rumänen und Bulgaren etwas mit dem Schuman-Plan anfangen, mit Kohle und Stahl, was einmal ein Mythos für das westeuropäische Integrationsmodell war?“ Stichwort wäre der „Säulenheilige“ Jean Monnet. Hat Europa einen Mangel an Heiligen und Mythen? Dramatischer und provokanter gefragt: Will man für Europa sterben? Braucht man auch solche Denkmäler, die zeigen, dass jemand geblutet hat und gestorben ist? Oder ist das ein Denken aus dem 19. und 20. Jahrhundert? Das sind auch Fragen, die sich in Ermangelung von solchen Erinnerungsorten stellen.

Schreyer:

Wir haben die blutigen Erinnerungsorte, als die europäischen Nationen Kriege gegeneinander geführt haben mit den verheerenden Folgen. Wir haben die blutigen Erinnerungsorte, die an die Katastrophen von zwei Weltkriegen und des Nationalsozialismus erinnern. Das ist gemeinsame Geschichte. Der europäische Integrationsweg war die Lehre, die aus dieser Geschichte gezogen wurde – mit der Schaffung der supranationalen Ebene, dem Abschwören an jegliches Hegemonialstreben zwischen den Staaten und stattdessen dem Grundsatz der Gleichheit der Mitgliedsstaaten. Leider scheint heute dieser Grundsatz bei einigen Politikern und Medien in Vergessenheit zu geraten, was ein wirkliches Risiko für die zukünftige Entwicklung der EU ist. Aber Sie haben Recht damit, dass der Schuman-Plan, die Gemeinschaft für Kohle und Stahl, dann die EWG, also die gesamte Integrationsgeschichte der EU in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts eben nicht die gemeinsame Geschichte aller heutigen Mitgliedsstaaten ist. Für diese Zeit haben wir weder gleiche Erfahrungen

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

noch gleiche Erinnerungsräume. Das ist eine Herausforderung für die europäische Identität. Umso wichtiger ist es einerseits, dass wir versuchen, uns unserer unterschiedlichen Geschichte gemeinsam zu widmen und wir andererseits gemeinsam Leitbilder und Ziele für den zukünftigen Integrationsweg finden.

Gehler:

Frau Dr. Schreyer, Sie haben verschiedene ehrenamtliche Tätigkeiten, waren z.B. bis Anfang 2012 im Stiftungsrat der Viadrina Universität Frankfurt/Oder. Wie steht es mit Ihrer grundsätzlichen Einstellung zu ehrenamtlichem Engagement?

Schreyer:

Die Viadrina-Universität ist seit 2008 Stiftungsuniversität und ich habe mich sehr gerne in der ersten Amtsperiode des Stiftungsrates dort engagiert, denn die Viadrina hat mit ihren intensiven Verbindungen nach Polen und anderen osteuropäischen Staaten oder mit dem neuen Frankfurter Institut für das Recht der Europäischen Union schon ein besonderes Profil und die dortigen Studienplätze in „European Studies“ sind äußerst begehrt. Ich bin seit 2009 auch im Stiftungsrat der in vielen Forschungsbereichen höchst profilierten Universität Göttingen und seit vielen Jahren Vorsitzende des Aufsichtsrats der Heinrich Böll Stiftung, der grünnahen politischen Stiftung. Die politischen Stiftungen in Deutschland sind im EU-Vergleich ja etwas Besonderes und sehr Wertvolles für die politische Bildungsarbeit im Inland und vor allem auch für die Förderung von Demokratie und der Vermittlung von europäischen Werten im außereuropäischen Ausland, besonders in Entwicklungsländern. Die Heinrich Böll Stiftung hat einen starken europapolitischen Schwerpunkt in ihrer Arbeit und das Thema „Zukunft der EU“ steht immer oben auf der Tagesordnung.

Zudem bin ich seit 2006 Vizepräsidentin des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland (EBD). In Deutschland war der Gründungskongress dieser Bewegung 1949, international schon 1948 unter Vorsitz von Winston Churchill. Die EBD ist eine Dachorganisation von Verbänden. Wir haben regen Zulauf und unsere Veranstaltungen, die einen Link zwischen der Zivilgesellschaft und der Europapolitik darstellen, sind

Michaele Schreyer

immer bestens besucht. Solches zivilgesellschaftliche oder bürgerschaftliche Engagement spielt in meinem Gesellschaftsverständnis und Verständnis von Demokratie eine ganz wichtige Rolle.

Gehler:

Wann haben Sie eigentlich zum ersten Mal Europa bzw. den europäischen Integrationsgedanken wahrgenommen? Welches Bild hatten Sie zu dieser Zeit von Europa? Was sollte es einmal werden?

Schreyer:

Das ist natürlich eine interessante Frage. In meiner Schulzeit habe ich im Geschichtsunterricht mehrmals die Zeit der römischen Kaiser durchgenommen, da blieb dann kein Platz mehr für die Römischen Verträge. Auch im Studium spielte bei meiner Fachrichtung – Volkswirtschaft – EU Politik damals noch keine große Rolle, denn das war ja zeitlich vor dem Binnenmarkt und lange vor dem Vertrag von Maastricht. Zudem war das Studium sehr theorieorientiert. Ich habe als junger Mensch die Mitgliedschaft in der EWG und die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland als gesetzt, quasi als eine Art politischer Naturkonstante gesehen.

Auch in meinen ersten Jahren in West-Berlin, das war Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre, standen Fragen der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Entwicklung nicht im Zentrum meines politischen Bewusstseins. Freilich war es für die Sicherheit von West-Berlin, für die Wirtschaft und die politische Orientierung absolut wichtig, dass die Stadt in die EG einbezogen war, was ja auch immer wieder – teils durch Sonderklauseln – in den Verträgen abgesichert wurde. Aber es gab in West-Berlin eben eine weitere politische Ebene, nämlich den Vier-Mächte-Status und für das politische Bewusstsein der Bevölkerung waren die Ost-West-Politik, das Verhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion, die Interpretation des Vier-Mächte-Status, die Reise- und Besuchsbedingungen etc. ganz unmittelbar relevant. Hinzu kam noch, dass die Berliner Bevölkerung nicht an den direkten Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen durfte. Hiergegen hatten die Alliierten – auf Initiative der Sowjetunion – den Vorbehalt erhoben, dass dies nicht im Einklang mit dem Vier-Mächte-

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Status der Stadt stehen würde. Deshalb waren auch nach der Einführung der Direktwahl zum EP für Berlin nur vom Abgeordnetenhaus entsandte Delegierte im EP.

Gehler:

Es gab ja Regelungen. Die DDR hat argumentiert, Berlin sei Hauptstadt der DDR, das wollten die Westmächte nicht, haben Protest eingelegt und auf den Vorbehalt der vier Mächte hingewiesen. Aber die Westmächte waren offensichtlich auch nicht so weit zu bewegen, den theoretisch möglichen West-Berliner Aspirationen zu entsprechen, das Europäische Parlament direkt zu wählen. Berlin hat also zum ersten Mal das Europäische Parlament im Jahr 1994 direkt gewählt. Es gab also keine Nachwahl für 1989, sondern erst 1994 erste Direktwahlen des Europäischen Parlaments in Berlin.

Schreyer:

Ja. Und auch aus den neuen Bundesländern waren bis zur EP-Wahl 1994 nur Beobachter im EP.

Gehler:

Das heißt also: es war nicht vor 1989 ein Europamuster vorhanden, das dann quasi mit der Öffnung der Mauer in Erfüllung ging, sondern erst durch die Öffnung des Brandenburger Tores wurde die Europäizität Berlins stärker ins Bewusstsein gerückt. Habe ich das richtig verstanden?

Schreyer:

In einer gewissen Weise ja, wobei wie gesagt, die Bedeutung der EWG für Berlin und die Rolle Berlins für die EG immer wieder betont wurden, aber nochmals: für das politische Bewusstsein war die Teilung der Stadt, des Landes, des Kontinents zentral. Für meinen eigenen Lebensweg war es so, dass ich wissenschaftlich näher an Europathemen herangerückt bin, als ich ab 1987 bis Anfang 1989 im Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München in der Abteilung Umweltökonomie gearbeitet habe und der Leiter der Abteilung, Rolf Sprenger, beratend und forschend auch für Kommissionsdienststellen tätig war. In der Zeit wurde auch der Cecchini-Bericht, benannt nach Paolo Cecchini, zur Vorbereitung des Binnenmarktes sehr kontrovers in der umweltökonomischen Szene diskutiert. Politisch

Michaele Schreyer

wurden für mich Fragen „Wie mag der europäische Weg weitergehen und welche Rolle wird Berlin dabei spielen?“ dann unmittelbar relevant, als ich 1989 politische Verantwortung als Mitglied der Berliner Senats übernommen habe und sich für diese Fragen ein ganz neuer Rahmen und neuer Raum durch die Veränderungen in Osteuropa und den Fall der Mauer eröffneten.

Gehler:

Für Sie war die Zeit des Mauerfalls 1989 bewegend und ergreifend. Sie waren in Berlin in jener Phase des politischen Umwälzungsprozesses Senatorin für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Das war unter dem Regierenden Bürgermeister Walter Momper. Wie haben Sie den 9. November 1989 eigentlich erlebt? Wie haben Sie ihn im Rückblick mehr als 20 Jahre in Erinnerung?

Schreyer:

Nach den Abgeordnetenhauswahlen im Januar 1989 haben SPD und die Alternative Liste (AL) – so hieß die Berliner Grüne Partei damals – eine Koalition geschlossen. Das war nach Hessen erst die zweite rot-grüne Landesregierung in Deutschland, also ein Novum für Berlin und für die Alliierten. Mich haben meine Wissenschaftskontakte in die Landesregierung geführt. Prof. Jänicke, der Gründer der Forschungsstelle für Umweltpolitik an der FU Berlin und zeitweise Mitglied im Abgeordnetenhaus für die Alternative Liste, hatte mich der AL als Kandidatin für den Senat vorgeschlagen. Wir kannten uns aus diversen Initiativen, die zum Ziel hatten, ökologische Wirtschaftsforschung im Wissenschaftsbetrieb zu verankern. Im März 1989 wurde die rot-grüne Landesregierung, also der Berliner Senat gewählt. Damals hatte der Regierende Bürgermeister nach der Landesverfassung noch keine Richtlinienkompetenz und die Mitglieder des Senats wurden einzeln vom Abgeordnetenhaus gewählt. Es war übrigens die erste Regierung in Deutschland, in der mehrheitlich Frauen waren.

Das rot-grüne Regierungsprogramm war sehr ambitioniert, besonders im Hinblick auf eine ökologische Entwicklung von West-Berlin. De facto spielten dann aber ab Sommer 1989 die Veränderungen in der DDR, die

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Proteste nach den Wahlfälschungen und die Flucht von DDR-Bürgern in die Botschaften der Bundesrepublik eine immer größere Rolle für die politische Entwicklung der Stadt und für die Arbeit des Senats. Nach der Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze und der Ausreiseerlaubnis für die Menschen, die in die Botschaft in Prag geflohen waren, kamen tausende von Flüchtlingen aus der DDR nach West-Berlin. Da war die Politik natürlich immens gefordert. Dann gab es die diversen Verhandlungen über Reiseerleichterungen mit der DDR, an denen der Regierende Bürgermeister Momper maßgeblich beteiligt war. Wir rechneten im Senat für Dezember 1989 mit grundlegenden Veränderungen für Berlin. Der Senat hatte deshalb auch eine Sonderkommission zusammen mit den Sozialpartnern eingerichtet, die sich mit allen möglichen Fragen befasste, die im Zusammenhang mit einer Öffnung der DDR für Berlin zu klären waren. Ich gehörte der Kommission auch an. Diese Kommission hat auch am Vormittag des 9. November 1989 getagt. Die Maueröffnung kam dann aber ganz überraschend.

Ich habe den Abend und die Nacht des 9. November sehr lebhaft in Erinnerung. Die Pressekonferenz von Schabowski hatte ich live im Radio gehört als ich gerade im Dienstauto unterwegs war. Als auf die Journalistenfrage, ab wann die Durchlässigkeit der Grenzübergänge gelten solle, Schabowski stammelte „sofort, unverzüglich“, war mir sofort klar, dass das bedeutet: die Mauer ist offen. Und mir ging direkt durch den Kopf: Jetzt verändert sich die ganze Welt. Ich bin dann ins Schöneberger Rathaus geeilt – das war damals der Sitz des Abgeordnetenhauses und des Regierenden Bürgermeisters – und die Treppen zum Dienstzimmer des Regierenden raufgerannt. Das war kurz nach 19 Uhr und ich war völlig verblüfft, dass das Rathaus ganz leer war, weil ich dachte, alle müssten so aufgeregt sein wie ich. Aber die Nachricht fing erst an, sich zu verbreiten. Der Regierende Bürgermeister war da schon beim Sender Freies Berlin, für eine Ansprache. In der Nacht hatten wir noch eine Sitzung des Senats, um alle notwendigen Maßnahmen für die zu erwartenden Besucherströme zu treffen – soweit das überhaupt antizipierbar war.

Es war in der Nacht und den darauffolgenden Tagen in Berlin physisch spürbar, dass sich Weltgeschichte ereignet, und zwar zum Guten. Ein

fantastisches Erlebnis. Mir war klar, dass dies Auswirkungen nicht nur für Berlin und nicht nur für Deutschland hat, sondern sich etwas abspielt, das weltpolitische Bedeutung hat – ohne dass ich damals soweit dachte, dass diese Ereignisse den Grundstein für die Erweiterung der EG legen. Ich weiß nicht, ob überhaupt jemand in diesen Tagen soweit und so konkret gedacht hat – vielleicht Gorbatschow. Für mich persönlich war es dann nach den Erlebnissen in Berlin schlichtweg großartig, dass ich 10 Jahre später als Mitglied der Europäischen Kommission an der Erweiterung der EG und an der Überwindung der Teilung Europas mitwirken konnte.

Gehler:

Sie haben erwähnt, dass die Rot-Grüne Regierung ambitioniert war und ein Zukunftsprogramm auf die Beine gestellt hatte, das man gerade angehen wollte. Kann man sagen, dass die Maueröffnung dazwischen gekommen ist? Im Grunde haben wir dann wieder eine veränderte politische Regierungskonstellation. Sie sind ja nur sehr kurz in dieser Funktion. Kann man sagen, dass die Grünen in Berlin der Deutschen Einheit politisch zum Opfer gefallen sind?

Schreyer:

Nein, das kann man so wirklich nicht sagen. Aber natürlich hatten sich durch die politischen Ereignisse die Aufgaben und Prioritäten geändert. Ab Sommer 1989 und dann zunächst mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und schließlich dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik war für den Berliner Senat die Wiedervereinigung der Stadt zur wichtigsten Aufgabe geworden. Das brachte für alle Politikbereiche, selbstverständlich auch für meine Zuständigkeit, fundamentale Änderungen. Zum Beispiel die Aufgabe der Regionalplanung. Man kann es sich heute ja gar nicht mehr vorstellen, aber nach der Öffnung der Mauer sind die Regionalplaner aus meiner Verwaltung erst mal mit Fotoapparaten ins Umland gefahren, um zu dokumentieren, was sich dort eigentlich befindet. Die Sowjetunion hatte für all die militärischen Anlagen um Berlin auch der DDR nicht erlaubt gehabt, entsprechendes Kartenmaterial zu erstellen. Zusammen mit der Magistratsverwaltung in Ost-Berlin und Dienststellen aus den an Berlin angrenzenden Bezirksverwaltungen – das Land Brandenburg war noch nicht gegründet – hat meine Senatsverwaltung ab Mitte 1990 dann erste Regional-

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

planungskonzepte für das Umland von Berlin erarbeitet. Mitte 1990 wurde auch die Arbeitsstelle Hauptstadtplanung eingesetzt, was mir äußerst wichtig war.

Auch für die Verwaltung und für die politischen Institutionen Berlins hatte die friedliche Revolution im Osten alles Mögliche verändert. Da war Flexibilität und Kreativität gefragt. Nach den ersten freien Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zum Magistrat von Ost-Berlin haben der West-Berliner Senat – die rot-grüne Landesregierung – und der Ost-Berliner Magistrat – eine Stadtregierung aus SPD und CDU mit Tino Schwierzina als Oberbürgermeister – zusammen getagt und gemeinsam entschieden. Dieser sogenannte „Magi-Senat“ war ein besonderes politisches Gebilde, eben eine Institution sui generis des Jahres 1990.

Allerdings häuften sich die Konflikte zwischen SPD und AL in dieser Zeit – Sie haben es in Ihrer Frage angesprochen. Nicht zuletzt gab es innerhalb der AL auch den Konflikt, dass die Art des Beitrittsprozesses sehr kritisiert wurde, aber ihre Senatorinnen genau an diesem Prozess mitarbeiteten. Es kam schließlich zum Koalitionsbruch, wobei der letzte Anlass dazu Konflikte rund um Hausbesetzungen im östlichen Teil der Stadt waren. Ein Koalitionsbruch zwei Wochen vor der ersten Wahl im wiedervereinigten Berlin zum Abgeordnetenhaus! Das war in meinen Augen eine politische Dummheit und ich war absolut nicht dafür. Hinzu kam, dass ich durch den Koalitionsbruch das erste Konzept für die Hauptstadtplanung nicht mehr öffentlich vorstellen konnte – dabei war die Bundespressekonferenz schon angemeldet – und ich den damals für Umweltpolitik zuständigen EG-Kommissar Ripa di Meana nicht mehr empfangen konnte, der auf meine Einladung hin zum ersten Mal Berlin besuchen wollte, nicht zuletzt wegen der Bewerbung Berlins um den Sitz der Europäischen Umweltagentur, die ich betrieben hatte. Kurzum: Es gab nach der Wahl eine CDU-geführte Große Koalition und die Grünen waren in der Opposition.

Gehler:

Welche Herausforderung stellten die Öffnung der Mauer bzw. der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland für das Zusammenwachsen der

Michaele Schreyer

Stadt Berlin dar? Das betrifft auch die Jahre nach dem 3. Oktober 1990. Könnten Sie Ihre Erinnerungen für unsere Dokumentation spielen lassen?

Schreyer:

Zunächst bedeutete die Wiedervereinigung für Berlin jede Menge Rechtsanpassungen: Vereinheitlichung des Landesrechts, Übernahme des Bundesrechts nach den Bestimmungen des deutsch-deutschen Einigungsvertrages. Dann gab es die Zustimmung seitens der EU-Institutionen, das EG-Recht auf Ostdeutschland zu erstrecken, also keine Erweiterungsverhandlungen zu führen. Das war politisch fundamental wichtig und hieß gleichzeitig, dass das gesamte Landes-, Bundes- und EG-Recht innerhalb von nur wenigen Wochen anzupassen und zu übernehmen war. Auch für West-Berlin musste die volle Rechtseinheit mit dem Bund ja erst hergestellt werden, denn vorher bestand diese nur insoweit, als die Alliierten keine Vorbehalte eingelegt hatten. Diese Vorbehalte wurden mit dem Ende des Vier-Mächte-Status für Berlin zum 3. Oktober 1990 alle aufgehoben.

Dann galt es, die Verwaltungen für Berlin zusammenzuführen. Die waren ja 40 Jahre lang getrennt gewesen und hatten sich nach völlig unterschiedlichen Systemen entwickelt. Z.B. musste ein Haushaltsplan für ganz Berlin aufgestellt werden. Das war nicht einfach nur ein Zusammenführen von zwei Plänen, sondern in Ost-Berlin gab es keinen Haushaltsplan, der auch nur annähernd mit dem westlichen Haushalts- und Planungsrecht kompatibel gewesen wäre. So ging es um die Zusammenführung der Stadtplanung und vieles mehr. Alles keine leichten Aufgaben. Aber ich habe noch gut in Erinnerung, mit welcher Begeisterung die Verwaltung daran arbeitete. Ich habe in dieser Zeit viele Erfahrungen und viel Wissen darüber erworben, was Systemtransformation, Transformation einer Gesellschaft, einer Volkswirtschaft und auch einer Verwaltung wirklich heißt. Für die spätere Arbeit in der Europäischen Kommission mit ihrem Schwerpunkt auf dem Erweiterungsprozess war diese Kenntnis und Erfahrung von Transformation wertvoll.

Übrigens habe ich 1990 als Berliner Landespolitikerin die EU Institutionen als sehr hilfreich und unterstützend im Wiedervereinigungsprozess erlebt. Kommissionspräsident Jacques Delors hatte in der Kommission ja schon

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Anfang 1990 eine Task Force im Generalsekretariat eingerichtet. Die EG-Institutionen hatten auch schnell erfasst, wie desaströs der wirtschaftliche Zustand in der ehemaligen DDR tatsächlich war. Deshalb wurde der damalige bis zum Jahr 1993 geltende Finanzrahmen für den EU-Haushalt – mit großer Unterstützung durch das EP – um 6,3 Milliarden DM für Strukturfondshilfe für Ost-Berlin und die neuen Bundesländer aufgestockt. Das war ein Akt großer Solidarität der EG mit Deutschland.

Gehler:

Ist es eigentlich richtig, dass die Euphorie in Berlin nach dem Fall der Mauer tendenziell länger angehalten hat als in den unmittelbaren Grenzregionen, z.B. in Oberfranken oder Thüringen, wo man aus eigenem Erleben weiß, dass alsbald die Ernüchterung einsetzte, als klar wurde, dass die Grenzlandförderung wegfiel und die 'lieben Brüder und Schwestern' auch nicht immer so nett und unkompliziert sein würden. War das in Berlin länger anhaltend, weil man sich näher war?

Schreyer:

Aber ja. Auch wenn die Probleme nach der Wiedervereinigung beträchtlich waren: riesiger Finanzbedarf aufgrund der maroden Wohnungen und Infrastruktur im Ostteil, schnelle Kürzung der Berlin-Hilfe, Zusammenbruch der veralteten und nicht wettbewerbsfähigen Industrie, steigende Arbeitslosigkeit und rapide steigende öffentliche Verschuldung. Das Zusammenwachsen der Stadt ging eben nicht von heute auf morgen. Aber das Wort von Willy Brandt „Es wächst zusammen, was zusammen gehört“ ist für Berlin eben nicht nur eine Metapher, sondern real.

Gehler:

Das heißt die Mauer, die durch die Stadt ging, war etwas anderes als die Demarkationslinie, der Eiserne Vorhang, der durch das Land ging?

Schreyer:

Die Mauer mit dem Stacheldraht und dem Todesstreifen war menschenverachtend und gleichzeitig so absurd, dass es heute Besuchern schwerfällt, sich eine Mauer als Trennung einer Stadt und quasi eines ganzen Kontinents überhaupt vorzustellen. Ein Mauerelement steht heute übrigens in Brüssel – direkt am Parlamentsgebäude. Mir war es mit Hilfe

Michaele Schreyer

von ganz viel Unterstützung – von meiner Mitarbeiterin Riff la Roche, dem Berliner Senat, von Partnern für Berlin und von Politikern aus der Region Brüssel – im Jahr 2004 gelungen, ein Mauerteil nach Brüssel zu bringen und dort aufzustellen. Es erinnert an die Teilung Berlins, an die Teilung Europas und es steht zugleich an diesem Ort für deren Überwindung.

Gehler:

Ich würde gerne zum Thema „Kommission“ kommen. Sie waren von 1999 bis 2004 Mitglied der EU-Kommission. Zunächst möchte ich Sie bitten, uns zu erzählen, wie es zu Ihrer Nominierung zur Kommissarin gekommen ist. Es gibt ja bislang noch keine präzise vergleichende Untersuchung deutschland- oder europaweit, wie man Kommissar oder Kommissarin wird, wie auch eine vergleichende Untersuchung deutscher Kommissare fehlt, die mir zukünftig zumindest für die deutschen Kommissare vorschwebt. Wir haben erlebt, dass Frau Merkel zuletzt Herrn Schäuble wollte. Er bedeutete ihr aber: „das geht nicht, ich will nicht“. Dann wurde überraschend für alle der Baden-Württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger für ein wichtiges Ressort – Energie – nominiert und macht das nun, wie man sehen kann, sehr engagiert und gut, obwohl er vorher keine ausgesprochene integrationspolitische Europaexpertise hatte. Wie war es denn bei Ihnen?

Schreyer:

Ich gehöre als Mitglied der Grünen der kleineren der beiden Parteien an, die 1998 die erste rot-grüne Koalition auf Bundesebene geschlossen haben. Dass ich dann die Chance bekommen habe, Mitglied der Europäischen Kommission werden, war nicht zuletzt deshalb möglich, weil seit Gründung der EWG die großen Mitgliedsstaaten zwei Persönlichkeiten für die Kommission nominieren konnten. Das wurde später mit dem Vertrag von Nizza im Hinblick auf die Erweiterung der EU geändert. Die rot-grüne Koalition hatte vereinbart, dass jede Partei ein Vorschlagsrecht für ein Kommissionsmitglied hat. Bundeskanzler Schröder hatte allerdings einige Kriterien für seine Zustimmung zum Grünen Personalvorschlag vorgegeben: ausgewiesener ökonomischer Sachverstand, politische Erfahrung und Erfahrung in der Führung einer großen Verwaltung. Seitens der Grünen war zudem klar, dass es eine Frau sein soll, da mit Joschka

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Fischer und Jürgen Trittin zwei von drei grünen Bundesministern männlich waren. So fiel die Wahl 1999 – wegen des Rücktritts der Santer Kommission war alles etwas vorgezogen – auf mich und ich habe sehr gerne ja gesagt. Ich war zu diesem Zeitpunkt zusammen mit Renate Künast Fraktionsvorsitzende der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus. Die Opposition im Bundestag hatte es allerdings auf die Barrikaden gebracht, dass mit der Nominierung von Günter Verheugen und mir kein Personalvorschlag für die Kommission aus dem Oppositionslager erfragt wurde. Das war ein Novum, denn in Deutschland – wie in den anderen großen Mitgliedsstaaten – war es zuvor Praxis, eine Persönlichkeit aus dem Regierungslager und eine aus dem Oppositionslager zu nominieren. Ich habe diese Kritik aus der Opposition aber nicht persönlich genommen, sondern fand das im demokratischen Kräftespiel in Ordnung. Geärgert hatte mich nur die Kritik, dass ich meine politischen Erfahrungen „nur“ auf Landesebene gesammelt hätte. Eine solche Minderschätzung der Landespolitik ist in einem föderalen Staat nicht akzeptabel. Bei der Nominierung von Günther Oettinger war das dann auch kein Thema mehr.

Für den Weg in die Kommission war die Nominierung durch die Bundesregierung allerdings erst der erste Schritt. Im nächsten Schritt musste Romano Prodi zustimmen. Das war der Fall. Seiner Nominierung als Kommissionspräsident hatte das Europäische Parlament bereits zugestimmt. Seit Mai 1999 galt ja der Vertrag von Amsterdam, nach dem das EP zum Vorschlag des Europäischen Rates für den Kommissionspräsidenten nicht mehr nur angehört wurde, sondern der Vorschlag für den Kommissionspräsidenten die Zustimmung des EP brauchte.

Interessant war dann die Frage der Portfolio-Verteilung. Prodi war sehr verärgert darüber, dass die Regierungen relativ wenige Frauen nominiert hatten, weshalb er den nominierten Frauen eine gewisse Erstausswahl für das Portfolio angeboten hat. Er hat mir die Auswahl zwischen Forschung, Regionalpolitik und der Verantwortung für den EU-Haushalt angeboten. Da ich so viele Jahre im Bereich Haushaltspolitik gearbeitet habe und mit Herz und Seele Finanzpolitikerin bin, fiel mir die Auswahl absolut nicht schwer.

Gehler:

Gab es eigentlich innerhalb der Grünen bzw. innerhalb der SPD/Grünen Bündnis 90-Koalition Mitkonkurrent/innen oder war es klar, Schreyer wird unsere Kandidatin sein? Gab es noch andere Interessenten?

Schreyer:

Der Personalvorschlag kam von der Parteispitze im Einvernehmen mit den grünen Regierungsmitgliedern und ging durch verschiedene Gremien. Es gab diesbezüglich keine Konflikte.

Gehler:

Ich würde auch gerne auf das zu sprechen kommen, was Sie schon angedeutet haben. Wir erleben einen einmaligen historischen Übergang: Die Santer-Kommission demissioniert und zwar kollektiv, obwohl sich nicht alle Mitglieder Verfehlungen haben zu Schulden kommen lassen. Dann haben wir eine neue Kommission mit Romano Prodi. In welcher Verfassung befand sich die Kommission in diesem Übergang bzw. welche Stimmung haben Sie in der Kommission eigentlich angetroffen? Wir haben die Liste der Kommissare hier, die wir durchgehen werden, um zu erfahren, mit wem Sie besonders engen Kontakt und gutes Auskommen hatten und mit wem weniger. Wie waren denn für Sie die ersten Eindrücke in Brüssel? Das war für Sie ja eigentlich völliges Neuland oder hatten Sie schon Erfahrungen und Vorinformationen?

Schreyer:

Die Kommission als Institution war nach dem Rücktritt der Santer-Kommission zweifelsfrei in einer schwierigen Lage. Der Rücktritt war ja auf Druck des Europäischen Parlaments erfolgt und zwar dadurch, dass das Parlament der Kommission die Entlastung für den EU-Haushalt verweigert hatte. Das war eine starke Machtdemonstration des EP. Mir fiel dann später die Aufgabe zu, auch für die zurückliegenden Jahre der Santer-Kommission die Haushaltsentlastung durch das EP zu bekommen. Das war wahrlich kein Pappenstil. Zudem war – wie schon erwähnt – am 1. Mai 1999 der Amsterdamer Vertrag in Kraft getreten. Er hat die Stellung des EP im institutionellen Gefüge sehr gestärkt. Für seine Zustimmung zu Romano Prodi als Kommissionspräsidenten und für die gesamte Kommission

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

mussten dem EP erhebliche Zusagen gemacht werden. Dazu gehörte auch die Zusage, dass Kommissionsmitglieder zurücktreten werden, wenn der Präsident sie dazu auffordert und es gehörte die Zusage zu einer grundlegenden Reform des gesamten Verwaltungsapparats dazu. Das betraf auch alles, was mit der Verwaltung und Verantwortung für die Finanzen zu tun hatte. Ich war dann eines der drei – wie es im Brüsseler Jargon heißt – „horizontalen“ Kommissionsmitglieder und damit neben dem Kommissionspräsidenten und dem Vizepräsidenten Neil Kinnock für die Verwaltungsreform zuständig.

Was meine vorherigen Berührungen mit Europapolitik angeht, so war ich nach der Zeit im Berliner Senat neun Jahre lang Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus und dort immer Mitglied des Hauptausschusses, der für den Haushalt, die Finanzen und Verwaltung zuständig ist. Als Haushälterin hatte ich natürlich mit der europäischen Regionalförderung zu tun, auch mit der Wettbewerbspolitik und dann lag ein Schwerpunkt meiner Arbeit auf dem Thema ‚nachhaltige Finanzpolitik‘. So hatte ich z.B. im Parlament eine Initiative ergriffen, um die Verschuldungsgrenzen des Stabilitäts- und Wachstumspakts in einem deutschen Stabilitätspakt auf Bund und Länder aufzuteilen. Aber da wollte zu diesem Zeitpunkt noch keine Partei ran. Zum Thema ‚ökologische Finanzpolitik‘ hatte ich auch Kontakt zu den europäischen Grünen.

Aber für die Anhörung im Europäischen Parlament musste ich mich – wie fast alle anderen nominierten Kommissionsmitglieder – gründlich vorbereiten. Prodi hatte frühzeitig eine Zusammenkunft organisiert, um sich gegenseitig kennen zu lernen. Er hat das Kollegialprinzip in der Kommission von Anfang an sehr in den Vordergrund gerückt und mit Leben gefüllt. Ich war vor der Anhörung für sechs bis acht Wochen in Brüssel und bekam von der Generaldirektion Budget alle Unterstützung, um mich fachlich vorzubereiten.

Zum einen gab es vom Parlament detaillierte schriftliche Fragebögen zur Beantwortung, bei denen man aufpassen musste, sich nicht zu stark in einer Sache festzulegen, wenn vielleicht das Kollegium später anderer Meinung ist. Wichtiger ist aber die mündliche Anhörung im EP. Die ist alles andere

Michaele Schreyer

als ein Kinderspiel. Sie ist öffentlich, geht über mehrere Stunden und es werden sowohl Fachwissen als auch die europapolitischen Positionen erfragt. Ich finde es eine phantastische Sache, dass sich das Parlament dieses Recht der Anhörung der nominierten Kommissionsmitglieder genommen hat. Es gibt ja fortwährend die Debatte über die demokratische Legitimation der Kommission. Aber in welchem Mitgliedsstaat gibt es etwas Vergleichbares, dass jedes Mitglied der Regierung sich einer vorherigen Anhörung durch das Parlament stellen muss und nicht nur der Regierungschef oder die Chefin, sondern das gesamte Kabinett die Zustimmung durch das Parlament braucht? Meistens wird zwar der Premier vom Parlament gewählt, aber anschließend bestimmen die Parteien oder der Premier, wer Minister oder Ministerin wird und das Parlament hat dabei nichts mehr zu sagen. Vielleicht setzt sich ja eines Tages die Anhörung von Ministerkandidaten und -kandidatinnen nach dem Vorbild auf EU-Ebene als demokratische „best practise“ durch.

Gehler:

Sie haben schon den aus Italien stammenden parteilosen Kommissionspräsidenten Romano Prodi genannt. Können Sie ihn charakterisieren? Sie haben schon betont, dass er Wert darauf gelegt hat, den Anteil der Frauen zu berücksichtigen. Sie haben geschildert, dass er das Kollegialprinzip sehr im Auge hatte. Was war er eigentlich für ein Typ und für ein Mann als Kommissionspräsident? Wir haben vorher verschiedene Persönlichkeiten gehabt: Roy Jenkins, Gaston Thorn, Jacques Delors, Jacques Santer. Er kommt aus einem mittelgroßen Land, einem wirtschaftsstarken G8-Mitglied. Welche Erinnerungen haben Sie an Romano Prodi?

Schreyer:

Er ist ein intellektueller Politiker. Deshalb sprachen einige gerne vom „Professore“ manche anerkennend, andere mit ironischem Unterton. Für Prodi standen europapolitische Ziele im Vordergrund, nicht Machtdemonstration. Gegenüber dem Kommissionskollegium hatte er das Motto „Meine Kommissare zuerst“. Er hat sich nicht in den Vordergrund gespielt und dabei doch die Fäden in der Hand gehabt, um die großen Projekte der Kommission zu realisieren. Das war an vorderster Stelle die Erweiterung

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

der EU. Prodi hat von Beginn an klar gemacht, dass dies ein Schwerpunkt in der Arbeit von allen Kommissionsmitgliedern sein muss.

Die grundlegende Verwaltungsreform war ein weiteres Schwerpunktprojekt, um die Effizienz der Kommissionsverwaltung auf höchsten Stand zu bringen und um die Reputation der Kommission wiederherzustellen. Dann war das Gelingen der Wirtschafts- und Währungsunion für ihn als Ökonomen ein zentrales Anliegen. Deshalb hat er die Lissabon-Strategie initiiert, die eine erste umfassende Strategie zur Koordination der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsstaaten war, um für die großen Herausforderungen gewappnet zu sein – sei es der Klimawandel oder der demographische Wandel in Europa oder die Herausforderungen des globalen Wandels. Die Mitgliedsstaaten wollten damals aber trotz der Währungsunion von einer engeren Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitiken nicht allzu viel wissen. Insofern war Prodi da der Zeit voraus. Ihm ging es um Zukunftsgestaltung – Shaping Europe. Von den Grünen war begrüßt worden, dass Prodi Kommissionspräsident wurde, da es für ihn völlig außer Frage stand, dass Ökonomie und Ökologie zusammengeführt werden müssen.

Die Reform der Verträge kam dann als weiteres großes Thema hinzu – erst Nizza, hauptsächlich aber der Konvent, wobei Prodi die Idee eines Konvents schon sehr frühzeitig protegiert hatte. Manchmal war die Kommunikation mit ihm allerdings akustisch nicht ganz einfach, weil er gerne leise und ein bisschen nuschelig sprach. Manche haben das als Unentschlossenheit interpretiert, was falsch war. Prodi war eine Autorität ohne autoritäres Auftreten.

Gehler:

Vize-Präsidentin für Verkehr, Energie und für die Beziehungen zum Parlament zuständig, war die aus Spanien stammende Loyola de Palacio. Wenn Sie kurz einige spontane Assoziationen zu den jeweiligen Kommissarinnen und Kommissaren sagen könnten, wären wir Ihnen dankbar. Was haben Sie von dieser EVP-Zugehörigen für Eindrücke und Erinnerungen?

Schreyer:

Lassen Sie mich eben noch auf Ihre vorherige Frage eingehen, zu wem ich in der Kommission besonders engen Kontakt hatte. In der Europäischen Kommission gilt ja das schon erwähnte Kollegialprinzip, das bedeutet, dass fast alle Entscheidungen vom gesamten Kollegium getroffen werden. Deshalb ist man ständig im Vorfeld der Entscheidungen in bilateralen Verhandlungen. Und durch meine Zuständigkeit für das Budget, einschließlich des Personalbudgets war ich ohnehin in einem permanenten Verhandlungsprozess mit den Kollegen und Kolleginnen. Ich war zudem Mitglied verschiedener Kommissions-Arbeitsgruppen, die Prodi eingerichtet hatte, einer für Wachstum, Wettbewerb, Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung, zudem in der AG für Verwaltungsreform und in der für Chancengleichheit.

Außerdem hatte ich alle vom Parlament im Haushaltsentlastungsverfahren von der Kommission angeforderten Informationen zu koordinieren. Das Haushaltsentlastungsverfahren – über das die Santer-Kommission ja schließlich gestürzt war – ist völlig anders als in den meisten Mitgliedsstaaten, in denen die Regierungsmehrheit im Parlament die Entlastung der Regierung quasi durchwinkt. Auf EU-Ebene ist das ein hoch politischer Prozess, in dem das EP umfassend, weit über Haushaltsfragen hinausgehend, Rechenschaft verlangt. Bei dieser Aufgabe gab es dann auch eine enge Kooperation mit Loyola de Palacio wegen ihrer speziellen Zuständigkeit für die Beziehungen zum Parlament.

Nun zur Persönlichkeit von Loyola de Palacio. Sie war eine sehr willensstarke Frau, durchdrungen von der Europa-Idee. Sie hat erfolgreich die Europäisierung der Energiepolitik vorangetrieben, z.B. mit dem zweiten Binnenmarkt-Gesetzes-Paket oder der Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien im Strombereich, um den Anteil von grünem Strom innerhalb weniger Jahre zu verdoppeln. Das war aus grüner Sicht eine wichtige Weichenstellung, wenngleich die Mitgliedsstaaten 2002 rechtlich verbindliche nationale Ziele noch abgelehnt hatten. Wir haben uns auch gemeinsam dafür eingesetzt, dass für den Ausbau eines europäischen Stromnetzes mehr Fördermittel in der Finanzplanung bis 2013 vorgesehen

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

werden, was die Mitgliedsstaaten dann aber abgelehnt haben und heute haben wir die Engpässe im Netz und leider noch immer viel zu wenige grenzüberschreitende Netzverbindungen. In Loyolas Zuständigkeit fielen auch die beiden Legislativpakete Erika I und II als ordnungspolitische Antworten auf die großen Schiffsunglücke und ihre umweltpolitischen Folgen, und sie hat entschieden die Großprojekte Galileo und ITER, den Fusionsreaktor, betrieben, der als Forschungsprojekt in die Zuständigkeit meines belgischen Kommissionskollegen Philippe Busquin fiel. Bei diesem Projekt hatten wir unterschiedliche Positionen. Philippe Busquin – der sozialistischen Parteienfamilie zugehörig – wurde 2004 ins EP gewählt und musste damit vor Ende der Prodi-Kommission aus dieser ausscheiden, weil es auf EU Ebene nicht erlaubt ist, gleichzeitig der Kommission und dem EP anzugehören. Das ist in den meisten Mitgliedsstaaten und auch in Deutschland ja anders regelt, wo viele Regierungsmitglieder gleichzeitig einen Sitz im Parlament haben, was ich unter dem Gesichtspunkt der Gewaltenteilung für problematisch halte. Die europäische Regelung unterstreicht dagegen die starke Kontrollfunktion des EP. Für Busquin kam später Louis Michel, ein Liberaler und bis dahin Außenminister von Belgien, in die Kommission.

Insgesamt spielte in der Kommission Parteizugehörigkeit aber keine wesentliche Rolle. Dafür sind die europäischen Parteifamilien auch viel zu heterogen. Aber selbstverständlich gab es in der Kommission teils politisch unterschiedliche, teils völlig gegensätzliche Positionen, nicht zuletzt in der Frage der Atomenergie.

Gehler:

Wir haben den aus dem Vereinigten Königreich stammenden Labour-Politiker, den Vizepräsidenten für Verwaltungsreform, Neil Kinnock, also der sozialdemokratischen Parteienfamilie SPE zugehörig. Der als Verwaltungsmann für die Reform Zuständige muss ja auch mit dem Budgetbereich, also mit Ihnen, Berührungen gehabt haben.

Schreyer:

Wir haben sehr eng zusammengearbeitet. Die Verwaltungsreform war ja umfassend. Sie betraf den gesamten Personalbereich und das gesamte

Michaele Schreyer

Finanzmanagement, für das die Zuständigkeit bei mir lag. Neil Kinnock kannte die Kommissionsverwaltung sehr gut. Er war bereits Mitglied der Santer-Kommission, was anfangs bei einigen Mitgliedern des EP auf Vorbehalte stieß. Er hatte auch aus seiner Zeit als Labour Politiker im UK Erfahrung im Umgang mit den Gewerkschaften, die in Belgien und in den Kommissionsdiensten stark vertreten sind. Natürlich stießen nicht alle Reformmaßnahmen von Beginn an auf Zustimmung der Gewerkschaften und Beschäftigten. Aber sie wurden dann doch akzeptiert und realisiert, angefangen von veränderten Ruhestandsregelungen, der Rotation der Generaldirektoren, neuen Berichtspflichten, verbesserter Durchlässigkeit der Hierarchien, also eine Art Bewährungsaufstieg, konkreten jährlichen Frauenförderungsplänen in jeder Generaldirektion, einem neuen Angestellten- statt Beamtenstatus in den Exekutivagenturen bis hin zu der Regelung, dass die Generaldirektorin/der Generaldirektor nicht der gleichen Nationalität angehören darf wie das zuständige Kommissionsmitglied. Im Finanzbereich ist es mir gelungen, in den fünf Jahren der Prodi-Kommission das gesamte Haushaltsverfahren zu reformieren – von der Haushaltsaufstellung über die Gliederung des Budgets, den Haushaltsvollzug bis hin zur Modernisierung des Rechnungswesens. Eine Bilanz, die sich sehen lassen kann.

Gehler:

Sie waren ja auch zuständig für den Bereich „Betrugsbekämpfung/Korruption“. Welche Herausforderungen bzw. Chancen waren damit verbunden, wenn man an das Stichwort „Bürokratieabbau“ oder „Eurokratie“ denkt?

Schreyer:

Bürokratieabbau einerseits und Betrugsbekämpfung und Finanzkontrolle andererseits stehen beim Umgang mit öffentlichen Mitteln immer in einem Spannungsverhältnis zueinander. Die Mitgliedsstaaten – sie sind für die korrekte Vergabe von mehr als $\frac{3}{4}$ der gesamten Ausgaben aus dem EU-Budget zuständig – beklagen gerne zu viele Kontrollvorschriften von Seiten der EU, aber wenn etwas schief geht, dann steht die Kommission am Pranger. Die Santer-Kommission musste ja nicht nur wegen des Vorwurfs der Vetternwirtschaft seitens der Kommissarin Edith Cresson zurücktreten,

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

sondern auch weil das Finanzmanagement in der Kommission beträchtliche Schwachstellen aufwies. In dem Bereich war die Reputation der Kommission im Keller und es war eine gewaltige Kraftanstrengung, die Reputation wiederherzustellen, zumal nicht wenige Parlamentsmitglieder – und auch Journalisten – noch enttäuscht darüber waren, dass es nicht zu einem erfolgreichen Misstrauensvotum gegen die Santer-Kommission gekommen war. Zumindest einige spekulierten darauf, dass sich eine neue Gelegenheit ergeben könnte.

Die Reform des gesamten Finanzmanagements war aber in der Tat überfällig, weil es schlicht nicht mehr der Größe des EU-Haushalts angemessen war. Klare Zuweisung von Verantwortlichkeiten, Schaffung von Audit-Kapazitäten in jeder Generaldirektion, Einrichtung des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung – abgekürzt OLAF – das waren neben einer neuen Haushaltsordnung einige der ganz wichtigen Maßnahmen.

Dank der Arbeit von OLAF konnte ich auch z.B. ein Abkommen mit der Schweiz zur Bekämpfung von Schmuggel und Geldwäsche von Gewinnen aus Betrug bei indirekten Steuern abschließen – für dessen Ratifizierung sich Deutschland dann leider jahrelang Zeit gelassen hatte – oder ein Abkommen mit einer großen amerikanischen Zigarettenfirma zur Bekämpfung von Schmuggel schließen, das die Firma zur Zahlung von 1 Milliarde Euro an die EU verpflichtete. Das war das Ergebnis eines Klageweges vor US-Gerichten, zu der ich die Kommission und den Rat gewinnen konnte. Das war wahrlich ein Novum.

Lassen Sie mich Ihr Stichwort „Eurokratie“ auch noch aufnehmen. Die Kommission ist mit ihren jetzt ca. 25.000 Planstellen eine sehr schlanke Verwaltung und ich fand sie sehr überschaubar. Jedenfalls war ich aus Berlin eine völlig andere Größenordnung gewohnt. Auch die interne Arbeitsweise ist sehr flexibel und offen, die Entscheidungen in der Kommission werden sehr zügig getroffen und die Kommissionsmitarbeiter und -mitarbeiterinnen identifizieren sich völlig mit dem großen Projekt der europäischen Integration. Sie sind äußerst kompetent, hochmotiviert und ich habe die Zusammenarbeit sehr geschätzt.

Gehler:

Wir haben den historisch zu nennenden Mario Monti, der für Wettbewerb zuständig war. Er stammt parteilos aus Italien.

Schreyer:

Mario Monti ist ein exzellenter Ökonom. Nicht nur theoretisch sehr versiert, sondern kreativ und innovativ, wenn es um neue wirtschaftspolitische Instrumente und um Umsetzungsstrategien geht. Er ist kein Parteipolitiker, aber ein sehr politischer Kopf und ein sehr starker, aber nicht sturer Verhandler. Man muss schon mit guten Argumenten und Entschiedenheit gewappnet sein, um ihm in Verhandlungen, etwas abzurufen oder von einer anderen Position zu überzeugen. Z.B. waren im Hinblick auf das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz etliche intensive Gesprächsrunden nötig, um ihn zu überzeugen, dass dieses nicht unter den Subventionsbegriff und mithin nicht unter die Beihilfekontrolle fällt, da das öffentliche Budget nicht von den festen Einspeisetarifen berührt ist. Die Europäische Kommission hat im Wettbewerbsbereich ja sehr weitgehende Befugnisse – bis hin zur Verhängung von Bußgeldern. Denken Sie nur an Montis Entscheidung gegen Microsoft. Ich halte deshalb die Kontrolle der Wettbewerbsentscheidungen innerhalb des Kollegiums für sehr wichtig und habe mich entsprechend eingebracht.

Insgesamt stellten sich in der Kommission bei Kommissionssitzungen oft Cluster heraus, die an einem Strang zogen. So gab es das Ökonomen-Cluster, zu dem neben dem Präsidenten die Kommissare Pedro Solbes, Frits Bolkestein, Pascal Lamy, Erkki Liikanen und mir selbstverständlich auch Mario Monti gehörten – mit einem sehr hohen Gewicht. Montis Meinung war dem Präsidenten sehr wichtig. Er ist eine Respektsperson, sehr ausgeglichen, mit besten Umgangsformen und sehr humorvoll.

Gehler:

Ein Kommissar, der Gewicht hatte und die Santer-Kommission unbeschadet überlebt hat, war der aus Österreich stammende Volkspartei-Ex-Landwirtschaftsminister Franz Fischler.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Schreyer:

Er war für mich als Haushaltskommissarin mein teuerster Kollege. Franz Fischler ist ein Vollblut-Europapolitiker, nicht nur in seinem Ressort sehr erfahren, sondern mit klaren Standpunkten hinsichtlich der Zukunft der EU – angefangen vom Institutionengefüge bis hin zu den Grenzen der EU. Er hat eine wichtige Rolle gespielt, als es Anfang 2000 zu dem massiven Konflikt zwischen dem Rat und der österreichischen Regierung kam, als die ÖVP mit der FPÖ eine Koalition geschlossen hatte.

Auch Franz Fischler ist ein harter Verhandler. Das muss man im Agrarbereich auch sein, um Reformen durchzusetzen, denn die nationalen Agrarminister sind in der Regel sehr veränderungsresistent. Zudem kam jeder Finanzvorschlag aus den Verhandlungen im Agrarrat teurer heraus als die Kommission ihn hereingegeben hatte. Dennoch hatten selbst die Agrarminister meiner Initiative aus dem Jahr 2000 zugestimmt, wenigstens ein paar Hundert Millionen Euro vom Agrarbudget ins das außenpolitische Budget umzuschichten, um die Zusage des Europäischen Rates, die Hälfte der Wiederaufbaukosten des Kosovo zu tragen, auch finanzieren zu können. Der Europäische Rat hatte diese Finanzierung international zugesagt – ohne dass dafür ein Cent im Finanzrahmen für das EU-Budget vorgesehen war. Das war übrigens kein Einzelfall. Jedenfalls ist die Umschichtung von Mitteln aus dem Agrarbudget ins außenpolitische Budget dann leider am Widerstand von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Präsident Jacques Chirac gescheitert.

Agrarpolitisch von Bedeutung war in der Zeit der Prodi-Kommission vor allen Dingen die Agrarreform mit der weiteren Umstellung der Subventionen von Interventionen auf Direktbeihilfen für die Landwirte.

Gehler:

Sie sagten „mein teuerster Kommissar“, aber er ist ja billiger geworden. Man kann nachvollziehen, dass der Budget-Gesamtanteil des Agrarressorts reduziert worden ist. Er lag bei 65% und ist heute deutlich unter 50%. Also schon in Ihrer Zeit ist der Anteil reduziert worden, d.h. Fischler musste, wollte und konnte auch sehr kompromissbereit sein.

Schreyer:

Ja. Das ist richtig. Der Anteil der Agrarausgaben am gesamten EU-Budget ist übrigens nur bedingt aussagefähig für die Entwicklung der Höhe der Agrarausgaben, denn das EU-Budget ist insgesamt relativ zu den öffentlichen Ausgaben in den Mitgliedsstaaten seit 1998 gesunken. Der Anteil am gesamten Bruttonationaleinkommen in der EU, der über den EU-Haushalt als Subvention für die Landwirtschaft ausgegeben wird, lag Mitte der 1990er Jahre bei über 0,6%, und wird 2013 unter 0,4% gesunken sein – und dies trotz der Erweiterung der EU. Überhaupt waren die Erweiterungsverhandlungen im Agrarbereich ja nicht einfach und Franz Fischler war reichlich gefordert, denn er musste um die Zustimmung in den Kandidatenstaaten werben, dass die Subventionen an die Bauern nicht direkt voll gezahlt werden, sondern stufenweise eingeführt werden – über 10 Jahre gestreckt. Mehr war finanziell im EU-Budget nicht drin. Darüber gab es z.B. in Polen heftige Konflikte. Also, enge und wirklich schwierige Abstimmungen zwischen dem Agrarkommissar und der Haushaltskommissarin waren ständig erforderlich. Und zwar von Beginn der Prodi-Kommission an, denn 1999/2000 war die BSE-Krise in vollem Gang und die schlug sich u.a. mit Soforthilfen an die betroffenen Farmer stark im Haushalt nieder. Das ist ein Beispiel dafür, dass im Agrarbudget immer eine Reserve für Notfälle zur Verfügung stehen sollte. In der BSE-Krise mussten dann vor allem auch veterinärmedizinische Entscheidungen getroffen und verbraucherpolitische Konsequenzen gezogen werden. Die lagen in der Verantwortung meines irischen Kollegen David Byrne. Er war zuvor Generalstaatsanwalt in Irland. David Byrne hat mich bei der schon erwähnten Klage gegen die Zigarettenindustrie und dem späteren Abkommen sehr unterstützt und er war nicht zuletzt sehr gefordert, als in Irland der Vertrag von Nizza zunächst im ersten Referendum 2001 abgelehnt worden war.

Gehler:

Im ersten Referendum wurde der Vertrag abgelehnt und erst im zweiten ist dann zugestimmt worden. Auf der Liste der Prodi-Kommission stehen aus Finnland Erkki Liikanen und Olli Rehn ab Juli 2004.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Schreyer:

Erkki Liikanen war in der Santer-Kommission für den EU-Haushalt zuständig gewesen, war also mein Vorgänger im Amt. Zuvor war er u.a. Finanzminister in Finnland gewesen. In der Prodi-Kommission war er für Unternehmen und Informationsgesellschaft zuständig. Erkki Liikanen hat die Lissabon-Strategie wesentlich mitgeprägt. Diese hatte zum Ziel, die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU u.a. durch höhere Produktivität zu verbessern, und ein Grund für Produktivitätsunterschiede z.B. zu den USA lag in dem Rückstand in der Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien in der EU. Deren Einsatz wurde durch vielfältige Barrieren – z.B. Monopolstrukturen – gebremst, die es abzubauen galt. Mittlerweile haben wir hier solchen Wettbewerb und solche Fortschritte, dass die Zeit um die Jahrtausendwende wie graue Vorzeit erscheint. Dabei wird oft vergessen, dass die europäische Liberalisierungsstrategie eine Voraussetzung für das Fortschrittstempo in diesem Bereich war. Erkki Liikanen wurde Anfang 2004 Notenbankchef in Finnland und Olli Rehn kam für ihn in die Kommission, der später erst für Erweiterung zuständig wurde und nun für Wirtschaft und Währung zuständig ist.

Mit der Lissabon-Strategie wurde das gemeinsame Ziel einer wissensbasierten Ökonomie für die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsstaaten gesetzt. Die Prodi-Kommission hat 3% des BIP als Zielmarke für die Forschungsausgaben für die EU vorgeschlagen und die findet sich mittlerweile auch in Deutschland in den Wahlprogrammen der Parteien wieder. Manches braucht zur Durchsetzung und Umsetzung länger als ursprünglich gedacht. Aber immerhin setzen sich europäische gemeinsame Zielorientierungen irgendwann doch durch.

Das gilt auch für den Bildungsbereich. Hier hat die EU ja nur unterstützende Funktion. Aber Viviane Reding, meine luxemburgische Kollegin und damals für den Bereich Bildung, Kultur, Jugend zuständig, hat es geschafft, auch für diesen Bereich gemeinsame Ziele zu verankern, z.B. die Halbierung der Schulabbrecherquote. Das spielt jetzt eine wichtige Rolle in den nationalen Programmen für Strukturreformen. Auch das Programm Erasmus Mundus hatte sie in der Zeit der Prodi-Kommission auf

Michaele Schreyer

den Weg gebracht. Für Hochschulen ist das sehr bedeutsam. Viviane Reding war später in der Barroso I Kommission für die Informationsgesellschaft zuständig. Da war sie sehr erfolgreich mit Initiativen, von denen ich zunächst nicht geglaubt hatte, dass sie dafür im Rat die Zustimmung erreicht, wie dem Vorschlag zur gesetzlichen Deckelung der Roaminggebühren bei Mobiltelefonaten. Sie hat das aber geschafft und in der jetzigen zweiten Barroso Kommission hat sie als Kommissarin für Justiz und Grundrechte ihr Bravourstück schon geleistet, indem sie im Streit mit dem französischen Staatspräsidenten über den Umgang mit Roma in Frankreich nicht nachgegeben hat.

Gehler:

Es war mutig, wie sie den französischen Staatspräsidenten zurecht gewiesen hat.

Schreyer:

Viviane Reding hätte auch das Zeug, erste Kommissionspräsidentin zu werden. Sie ist das dritte Mal Mitglied der Kommission, kennt dadurch alle Bereiche der Europapolitik sehr gut und ist eine ganz entschiedene Europäerin.

Gehler:

Anna Diamantopoulou aus Griechenland, aus dem jetzt so heftig umstrittenen Land, war zuständig für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten.

Schreyer:

Ja. Sie war auch zuständig für Chancengleichheit – ein Politikthema, das Prodi sehr wichtig war. Er hat z.B. allen Kommissionsmitgliedern für die Zusammensetzung der Kabinette einen Frauenanteil vorgegeben. Anna Diamantopoulou hat die frauenpolitische Agenda mit wichtigen Initiativen weiterentwickelt, z.B. der Regelung, geschlechtsspezifische Beitragssätze in der Krankenversicherung zu verbieten. Bis dahin wurden die Ausgaben der Krankenversicherungen für Schwangerschaft und Geburt allein Frauen in den Beitragssätzen angelastet. Auch dass wir mittlerweile in allen Mitgliedsstaaten eine Armutsberichterstattung haben oder das Ziel, eine Beschäftigungsquote für Frauen von 70% zu erreichen, geht auf ihre

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Initiativen zurück. Diese Initiativen deckten sich voll mit meinen Zielen als Grüne Politikerin. In anderen Bereichen waren wir dagegen nicht immer der gleichen Meinung, weil sich unsere Vorstellungen darüber unterschieden, was Aufgabe des Staates sein soll oder wie weit ökonomisches Geschehen durch Politik nicht nur flankiert, sondern direkt gesteuert werden kann.

Ich sah auch das in der Lissabon-Strategie gesetzte Ziel, 2010 Vollbeschäftigung zu erreichen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Erweiterung und meiner Erfahrungen, welche Probleme die Transformation einer Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft mit sich bringt, schlichtweg als unrealistisch an. Anna ist im Frühjahr 2004 aus der Kommission ausgeschieden, um bei den griechischen Parlamentswahlen Spitzenkandidatin für die PASOK zu sein. Ihr folgte Stavros Dimas, der später in der Barroso I Kommission äußerst erfolgreich die europäische Klimaschutzpolitik weiterentwickelt hat und vor allem das rechtsverbindliche Ziel durchgesetzt hat, dass bis 2020 in der EU 20% des gesamten Energieverbrauchs durch erneuerbare Energien gedeckt sein sollen.

Gehler:

In der Prodi-Kommission war Margot Wallström, die uns später begegnet im Bereich Kommunikation, für Umwelt zuständig. Sie müsste Ihnen ja rein fachlich betrachtet nahe gestanden haben.

Schreyer:

Absolut. Das war so. Übrigens gab es in der Prodi-Kommission außer mir mehrere ehemalige Umweltminister, auf deren Unterstützung Margot Wallström bauen konnte, z. B. Chris Patten und Michel Barnier. Und für Prodi war ohnehin die Frage, wie Wirtschaften nachhaltig werden kann, eine der ganz zentralen Politikfragen. Margot Wallströms große Erfolge waren die rechtsverbindliche Umsetzung des Kyoto-Protokolls in der EU und vor allem auch die Schaffung des Europäischen Emissionshandelsystems, also eines ganz neuen Marktes für den Handel mit Emissionsrechten.

Gehler:

Ich bin Ihnen sehr dankbar für diese kurzen Assoziationen, weil wir uns damit auch mehr Vorstellungen von Ihren Wahrnehmungen machen können. Frits Bolkestein ist wegen der Dienstleistungsrichtlinie vielen ein Begriff, vermutlich mehr noch als das: Niederländer, zuständig für Binnenmarkt, Steuern und Zollunion. Was haben Sie für Erinnerungen an ihn?

Schreyer:

Er wird meistens nur mit der Dienstleistungs-Richtlinie in Verbindung gebracht. Aber er hat auch erfolgreich die Richtlinie zu Besteuerung von Zinserträgen durchgesetzt, die ja lange Zeit von den Mitgliedsstaaten blockiert war.

Gehler:

Es gibt ja das Thema Steuerdumping, z.B. beim Steuersatz im Bereich der Körperschaftssteuer. Viele mobile Firmen verlassen steuerliche Hochpreisländer ...

Schreyer:

Man sollte nicht nur die Steuersätze vergleichen, sondern muss auch auf die Breite der Steuerbemessungsgrundlage schauen. Bolkestein hatte einen ersten Vorstoß für die Angleichung der Steuerbemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer unterbreitet, und dabei auch den Weg der verstärkten Zusammenarbeit vorgeschlagen, wenn es – wie man realistisch annehmen muss – dazu keinen Konsens zwischen allen Mitgliedsstaaten gibt. Dem Bolkestein-Entwurf für die Dienstleistungsrichtlinie, dem das Herkunftslandsprinzip zugrundelag, habe ich übrigens zugestimmt und zwar vor dem Hintergrund, dass die Staats- und Regierungschefs zwar bereits im Jahr 2000 vereinbart hatten, bis 2002 einen Binnenmarkt für Dienstleistungen zu errichten, dann aber im Rat alle auf ihren nationalen Besonderheiten beharrten und sich keinen Deut bewegten, um für diesen Binnenmarkt relevante einheitliche Standards zu setzen. Der Vorschlag war eine Antwort auf diese ständige Kluft zwischen den Beschlüssen auf Gipfeln und dem, was auf der Ebene der Ratsarbeit tatsächlich geschieht – oder vielmehr nicht geschieht. Frits Bolkestein gehörte mit zu meinen

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Verbündeten, wenn es darum ging, die Agrarausgaben einzuschränken und er trat auch – wie z.B. auch Mario Monti – für eine strikte Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts ein.

Gehler:

Für Wirtschafts- und Währungsangelegenheiten war der Spanier Pedro Solbes zuständig.

Schreyer:

Ein guter Ökonom. Er hat die Schritte, die bei der Einführung des Euro noch von der Prodi-Kommission zu begleiten waren, gut gemeistert. Vor allem war er ein überzeugter Verfechter des Stabilitäts- und Wachstumspaktes als dem wichtigsten Instrument zur Koordinierung und Überwachung der nationalen Finanzpolitiken. Er hat die Notwendigkeit, die Staatsverschuldung zu senken, insbesondere auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, betont. Im Durchschnitt der EU sind die Haushaltsdefizite auch bis 2007 gesunken – bis zur Banken- und der folgenden Wirtschaftskrise – und einige Mitgliedsstaaten hatten sogar ihre Schuldenstandquote in diesen Jahren reduziert. Aber diese längerfristige Perspektive und das Thema ‚nachhaltige Finanzpolitik‘ hatten bekanntlich nicht alle Länder als Richtschnur für ihr Handeln akzeptiert. Der Konflikt mit Deutschland und Frankreich wegen des Stabilitäts- und Wachstumspakts hat ja Geschichte geschrieben und Spuren hinterlassen.

Gehler:

Womit wir beim nächsten Thema wären: Wie empfanden Sie als Kommissarin die Verletzung der Stabilitätspakt-Kriterien durch die Bundesrepublik Deutschland bzw. auch den Umgang damit?

Schreyer:

Ich bin eine überzeugte Verfechterin von nachhaltiger Finanzpolitik. Ich hatte dazu schon als Wissenschaftlerin publiziert und mich als Grüne Politikerin dafür eingesetzt als diese Position gerade auch bei den großen Parteien in Deutschland noch keinerlei Beifall fand. Als Berliner Oppositionsministerin hatte ich in den 1990er Jahren auch eine Verfassungsklage gegen den Berliner Senat der großen Koalition wegen dessen Verschuldungspolitik geführt und gewonnen. Aber viele

Michaele Schreyer

Konsequenzen hat das leider nicht gehabt. Als in der Prodi-Kommission dann die erste Verwarnung an Deutschland wegen der drohenden Verletzung des Defizitkriteriums erörtert wurde, wollte ich es erst kaum glauben, dass die rot-grüne Bundesregierung die Maastricht-Kriterien missachten würde. Aber das war bekanntlich dann doch der Fall und es kam zu dem grundlegenden Konflikt zwischen der Bundesregierung und der Kommission. Ich habe in diesem Konflikt sehr eindeutig – auch öffentlich – die Position der Kommission geteilt.

Gehler:

Hans Eichel hat uns in einem Expertengespräch erklärt, dass dieser Vorgang im Rat akkordiert und Konsens war. Problem sei gewesen, dass man die Kommission nicht von ihrem Initiativrecht Gebrauch machen lassen, um den Stabilitätspakt zu modifizieren. Die Antwort lautete „In der Sache haben wir es saniert, aber die Kommission hätte nicht außen vor gelassen werden dürfen“. Von der Methode her war es also nicht in Ordnung. Würden Sie das unterschreiben?

Schreyer:

Die Sache war weder vom Vorgehen noch vom Inhalt in Ordnung. Vom Vorgehen und von der institutionellen Seite gesehen, ging es Deutschland und Frankreich darum, die Rolle der Europäischen Kommission bei der Überwachung der nationalen Finanzpolitiken zu schwächen. Heute wissen alle, dass dieses grundfalsch war und es einer starken Rolle der Kommission in der Überwachung der Wirtschafts- und Finanzpolitiken der Mitgliedsstaaten, insbesondere der Euro-Länder, bedarf, wenn die Koordination funktionieren soll. Inhaltlich hatten Deutschland und Frankreich das Ziel den Stabilitätspakt aufzuweichen, d.h. mehr Ausnahmen von der Schuldenbegrenzung zu erlauben, um so Sanktionen durch die EU, die für die beiden Länder fällig gewesen wären, zu verhindern. Dagegen stand das Begehren von Solbes, auch die Überwachung des Schuldenstands der Mitgliedsstaaten stärker in den Fokus zu rücken und vor allem auch darüber zu wachen, dass die Staatsdefizite nicht nur unter 3% des BIP bleiben, sondern tatsächlich – wie es der Europäische Rat schon 1997 in Dublin vereinbart hatte – ausgeglichene Haushalte angestrebt werden. Ich erinnere mich noch gut an

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

die empörte Reaktion aus der deutschen Regierung, dass die Kommission jetzt auch noch in guten Zeiten in die nationale Finanzpolitik hineinreden wolle. Selbst der Vorschlag der Kommission, EUROSTAT, dem europäischen Statistikamt, Kontrollbefugnisse zu geben, nachdem klar geworden war, dass Griechenland unkorrekte Zahlen über seine Verschuldungssituation vorgelegt hatte, stieß auf strikte Ablehnung. Das war von Seiten der Mitgliedsstaaten eine Verteidigung von nationaler Souveränität an der völlig falschen Stelle. Übrigens kann ich auch nicht bestätigen, dass die Aktion von Deutschland und Frankreich, den Stabilitätspakt aufzuweichen, im Ecofin-Rat schnell auf Konsens gestoßen sei. Einige Finanzminister hatten sich klar dagegen ausgesprochen.

Gehler:

Um es zu präzisieren: Eichel hat nicht den Ecofin gemeint, sondern die Staats- und Regierungschefs, aber er hat klar zu erkennen gegeben, dass es ein Formfehler war, der Kommission nicht die Chance zu geben, ihr Herzensanliegen, nämlich das Initiativrecht wahrzunehmen und von sich aus eine Modifikation der Auslegung des Stabilitätspaktes vorzunehmen. Diesen Fehler hat er eingestanden. Das nur zur Klärung.

Schreyer:

Die Kommission hatte deshalb gegen den Rat vor dem EuGH geklagt und in diesem Punkt auch Recht bekommen. Ich glaube, dass alle damaligen Akteure heute stärker anerkennen, wie wichtig es gerade für die Wirtschafts- und Währungsunion ist, mit der Kommission eine supranationale Institution zu haben, die unabhängig von nationalstaatlichen Einzelinteressen agiert.

Gehler:

Ein politisches Schwergewicht in der Kommission war Günter Verheugen, ein Mann, der der rot-grünen Koalition entstammte, Sozialdemokrat, ursprünglich Freier Demokrat, einer der Architekten des Erweiterungsprozesses und Vorgänger von Olli Rehn.

Schreyer:

Die Beitrittsverhandlungen mit einem Teil der mittel- und osteuropäischen Staaten liefen ja bereits als die Prodi-Kommission ins Amt kam und z.B.

die kapitelweise Struktur für die Verhandlungen war vorhanden. Aber Prodi hatte für seine Kommission beschlossen, dass es eine neue Generaldirektion Erweiterung und einen speziellen Erweiterungskommissar geben soll, der die gesamten komplexen Verhandlungen mit dieser Vielzahl von Ländern in einem relativ begrenzten Zeitraum koordiniert. Das war klug so und Günter Verheugen war der richtige Mann am richtigen Ort zur richtigen Zeit.

Gehler:

Zum Thema Erweiterung eine zentrale Frage: Noch in der ersten Jahreshälfte 1999 war intendiert, nur mit der „Luxemburg-Gruppe“ zu verhandeln. Das waren sechs Staaten: Polen, Ungarn, Tschechien, Estland, Slowenien und Zypern. In der zweiten Jahreshälfte wird es dann auf dem Gipfel in Helsinki im Dezember eine große Erweiterung mit zwölf Kandidaten (Litauen, Lettland, Slowakei, Malta, Bulgarien und Rumänien). Die Türkei wird nun auch Kandidatenland. Wie haben Sie diesen Wechsel empfunden von der „Luxemburg-“ zur „Helsinki-Gruppe“, also zur Big-Bang-Konzeption? War das in der Kommission umstritten oder Konsens?

Schreyer:

Die Entscheidungen des Gipfels von Helsinki im Dezember 1999 waren auch in der Kommission vorbereitet und erörtert worden, aber nach meiner Erinnerung nicht strittig. Auch die Frage des Kandidatenstatus für die Türkei – man muss ja sagen: die erneute Bestätigung dieses Status – war im Hinblick auf Zypern und das Verhältnis zu Griechenland ein Thema, aber nicht so strittig wie später die Frage nach dem Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.

Für mich als Budgetkommissarin stellte die Vergrößerung der Erweiterungsgruppe eine wesentliche Herausforderung dar, weil der Finanzrahmen für das EU-Budget für die Jahre 2000-2006 – das war die Agenda 2000 –, den der Europäische Rat 1999 unter deutscher Ratspräsidentschaft auf seinem Gipfel in Berlin vereinbart hatte, nur auf die Erweiterung um sechs Staaten ausgelegt war. Allerdings war der Europäische Rat dabei von einer Erweiterung schon im Jahr 2002 ausgegangen. Zudem war dieser Finanzrahmen so berechnet, dass die

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

neuen Mitgliedsstaaten keine direkten Landwirtschaftsbeihilfen erhalten sollten. Das war eine absurde Idee, die neuen Staaten von diesem dicken Brocken des EU-Budgets auszuschließen. Das war nicht akzeptabel. Also mussten Wege gefunden werden, damit der für sechs neue Mitgliedsstaaten ausgelegte Finanzrahmen auch für zehn reicht und zudem noch die Teilhabe an den direkten Agrarbeihilfen innerhalb dieses Rahmens finanziert werden kann. Das erforderte eine Menge Kreativität, um ein Finanzierungsmodell zu finden, das nicht nur in der Kommission angenommen, sondern sowohl von den alten wie auch den neuen Mitgliedsstaaten akzeptiert werden würde. Das ist mir gelungen und die neuen Mitgliedsstaaten haben auch meinen Vorschlag akzeptiert, ab dem Beitrittsdatum volle Beitragszahlungen an den EU-Haushalt zu entrichten und keine Einphasung der Beitragszahlungen vorzusehen. Damit es dadurch aber nicht dazu kommen konnte, dass die neuen Mitgliedsstaaten im ersten Jahr zu Nettozahlern werden, weil die Mittel z.B. aus den Strukturfonds ja erst mit den Projekten fließen, wurde der Vorschlag aufgenommen, nicht den 1. Januar, sondern einen späteren Termin im Jahr – nahe an den EP Wahlen – als Beitrittsdatum zu nehmen.

Also, ich bin sehr stolz darauf, dass die Finanzverhandlungen, die ja mit den Schlusspunkt in den Erweiterungsverhandlungen bilden, dank der intensiven Vorbereitung so glatt gelaufen sind. Die Verhandlungen mit dem EP über das Finanzpaket für die neuen Mitgliedsstaaten hatten es dann aber noch einmal in sich – das war unter griechischer Ratspräsidentschaft. Der Europäische Rat hatte die Mitentscheidungsbefugnisse des EP in Haushaltsfragen nicht ausreichend geachtet und darauf das EP zu Recht empfindlich reagiert, das die Zustimmung zu verweigern drohte. Aber auch das konnte glücklicherweise gerade noch rechtzeitig in einer sehr intensiven nächtlichen Sitzung vor der Abstimmung gelöst werden.

Gehler:

Hatten Sie zu Verheugen ein gutes Arbeitsverhältnis?

Schreyer:

Ja. Im Bereich der Erweiterung, in dem Günter Verheugen wirklich gut alle Fäden zusammengeführt hat, musste ohnehin intensiv zusammengearbeitet

Michaele Schreyer

werden. In anderen Bereichen hatten wir meist teils gleiche, teils aber natürlich auch unterschiedliche politische Positionen, z.B. beim Stabilitäts- und Wachstumspakt und unseren Interessen- und Arbeitsschwerpunkten – bei Günter Verheugen als Außenpolitiker und mir als Wirtschaftspolitikerin – lagen wir unterschiedlich.

Gehler:

Ein namhaftes Mitglied der Kommission war der Brite, einer der Konservativen, Chris Patten, zuständig für Außenbeziehungen. Welche Erinnerungen haben Sie an ihn?

Schreyer:

Ein Politiker von großem Format. Er hat das außenpolitische Ressort sehr gut geleitet und die damals neue Situation, als es mit Javier Solana den Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gab, gut gehandhabt. Ich habe äußerst gerne mit ihm zusammengearbeitet und es war eine enge Abstimmung notwendig, weil das außenpolitische Budget für alle die Finanzausgaben und Versprechen, die die Mitgliedsstaaten auf den EU-Gipfeln machten, und für die Herausforderungen, die zu bewältigen waren, hinten und vorne nicht reichte. Um alleine die Finanzausgaben für den Kosovo zu erfüllen, für die der 1999 beschlossene Rahmen für den EU-Haushalt ja keinerlei Mittel vorgesehen hatte, musste fast ein Fünftel des außenpolitischen Budgets umgeschichtet werden. Wir haben auch ein neues Finanzinstrument für zivile Krisenintervention geschaffen. Eine enorm wichtige Aufgabe der EU, die die Mitgliedsstaaten bei ihrem Beschluss über den mehrjährigen Finanzrahmen für die EU ebenfalls nicht vorgesehen hatten. Und es kamen ständig neue außenpolitische Herausforderungen hinzu, die Geld erforderten, z.B. für Afghanistan. Da war jeweils viel Flexibilität und Kreativität erforderlich und hierbei war die Zusammenarbeit mit dem EP als einem Teil des Haushaltsgesetzgebers wirklich hervorragend. Chris Patten hat auch das Konzept der Nachbarschaftspolitik entwickelt, eine bedeutsame außenpolitische Strategie. Es war übrigens immer wieder ein Genuss, wenn sich die beiden britischen Kommissionskollegen, Patten und Kinnock, in der Kommissionssitzung einen Eloquenzwettbewerb lieferten, denn beide sind begnadete Rhetoriker.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Gehler:

Pascal Lamy, eine Schlüsselfigur, war schon Kabinettschef von Jacques Delors, später noch für die WTO und zuvor in der Kommission Prodi für Handel zuständig. Es wäre wichtig zu wissen, wie weit Lamy den Geist der Kommission Delors eingebracht hat.

Schreyer:

Im außenpolitischen Bereich war mein dänischer Kollege Poul Nielson für Entwicklungspolitik zuständig und Pascal Lamy für den Außenhandel. Poul Nielson hat das Cotonou-Abkommen fertig verhandelt und die Millenniumsziele und im Europäischen Entwicklungsfonds spezielle Fazilitäten, z.B. für Wasserversorgung eingeführt. Er hat sich mit sehr viel Empathie für seine Aufgabe der humanitären Hilfe engagiert. Pascal Lamys politische Grundpositionen waren in der Tat denen von Jacques Delors sehr ähnlich. Es ging ihm darum, die EU als politische Projekt weiterzuentwickeln und dies mit einer sozialen Dimension des Integrationsweges. Pascal Lamy ist europapolitisch sehr versiert und vor allem ist er auch verhandlungsstark, was im Bereich des Außenhandels, einem der wenigen Politikbereiche mit ausschließlicher Zuständigkeit der EU, unabdingbar ist. Er hat solche Initiativen wie „anything but arms“ erfolgreich auf den Weg gebracht und stand insgesamt für eine europäische Außenhandelspolitik, die sich auch unter Globalisierungsdruck stehend an europäischen Werten orientiert.

Gehler:

Wir haben schließlich noch Antonio Vitorino, Sozialist aus Portugal, verantwortlich für Justiz und Inneres und last but not least Michel Barnier vom französischen RPR und der EVP, zuständig für Regionalpolitik. Wir gehen die Namen ja nicht nur durch, um die Personen zu charakterisieren, sondern auch um eine Bilanz dieser Kommission zu ziehen.

Schreyer:

Dafür sind die beiden Kollegen sehr wichtig, schon weil sie die Kommission im Konvent zur Zukunft Europa vertreten haben. Aber zunächst zur Ressortzuständigkeit. Die Prodi-Kommission hatte auch für den Bereich Justiz und Inneres eine neue Generaldirektion geschaffen. Das entsprach dem Bedeutungszuwachs dieses Politikfeldes für die

Michaele Schreyer

Gemeinschaftspolitik durch die Vertragsänderungen. Das war sehr viel Neuland und Antonio Vitorino hat es sehr gut beackert. Ein sehr integerer, intellektueller und gleichzeitig pragmatischer Politiker. Er war sehr aktiv in der Flüchtlings- und Asylpolitik mit wichtigen Initiativen, z.B. für die Familienzusammenführung. So was bedeutete, sehr dicke Bretter im Rat zu bohren. Dann kam der 11. September 2001. Das war das fürchterlichste Ereignis, das in die Zeit der Prodi-Kommission fiel. Es hat vieles verändert. Nicht nur in der Außenpolitik, auch in der Bereitschaft der Mitgliedsstaaten, im Bereich Justiz und Inneres enger zusammen zu arbeiten. Das war z.B. beim europäischen Haftbefehl der Fall.

Das Ressort Regionalpolitik, für das Michel Barnier zuständig war, gehört dagegen zu den lang etablierten Arbeitsbereichen der Gemeinschaft. Michel Barnier steht für mich beispielhaft dafür, wie heterogen die politischen Positionen innerhalb der europäischen Parteienfamilien sind. Ein französischer Konservativer ist sehr viel etatistischer und staatsinterventionistisch orientiert als es z.B. in Deutschland für konservative Parteien charakteristisch ist. Für die Regionalpolitik waren wesentliche Rechtsgrundlagen schon vor Amtsantritt der Prodi-Kommission entschieden, so dass die Gestaltungsmöglichkeiten hier in Bezug auf die alten Mitgliedsstaaten zunächst eingegrenzt waren und die Herausforderungen stärker bei den Vorbeitrittshilfen für die Kandidatenstaaten lagen. Ab 2003 wurde dies freilich anders als die neuen Rechtsgrundlagen für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen erarbeitet werden mussten. Dennoch entspricht die Zuständigkeit für den Binnenmarkt, die Michel Barnier jetzt in der Barroso II Kommission innehat, sicherlich mehr seiner Ambition, politisch zu gestalten. Und die Arbeit im Verfassungskonvent entsprach dem auch.

Der Konvent war von Beginn an ein bedeutsamer Arbeitsschwerpunkt der Prodi-Kommission. Die Kommission war im Konvent viel stärker involviert als z.B. bei der Regierungskonferenz für den Nizza-Vertrag. Die Prodi-Kommission war wie viele andere von den Ergebnissen von Nizza enttäuscht. Als Konsequenz hatte auch Prodi die Einberufung eines Konvents zur Zukunft Europas vorgeschlagen. Wir haben seitens der Kommission die Arbeit des Konvents intensiv begleitet. Prodi hatte auch

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

einen Gesamtentwurf für eine Verfassung erarbeiten lassen – der lief unter dem Namen „Penelope“ – mit sehr weitreichenden Veränderungen.

Aber das Kollegium hatte sich nicht dafür entschieden, ihn als Gesamtentwurf der Kommission dem Konvent vorzulegen, sondern es wurden dann zu den Einzelthemen Positionen und Arbeitspapiere seitens der Kommission eingebracht. Von meiner Seite aus waren das Vorschläge für die Finanzverfassung: der mehrjährige Finanzrahmen sollte nicht mehr nur eine freiwillige Vereinbarung, sondern verfassungsmäßig vorgeschrieben sein, Vereinfachung des Haushaltsverfahrens, Stärkung der Rolle des EP, Möglichkeit neuer Eigenmittel, etc. Zu all dem gab es relativ zügig Konsens.

Sehr viel schwieriger war dies mit dem Vorschlag für die Einrichtung eines europäischen Staatsanwalts zum Schutz der finanziellen Interessen. Anfangs gab es im Wesentlichen nur drei Hauptakteure für diesen Vorschlag: die Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses, Dietmuth Theato, den Generaldirektor von OLAF, der europäischen Betrugsbekämpfungsbehörde, Franz Brüner, und mich als für Betrugsbekämpfung zuständige Kommissarin. Da mussten wir dicke Bretter bohren und stetige Überzeugungsarbeit leisten, um den Vorschlag in den Verfassungsentwurf hereinzubekommen. Jetzt steht er auch im Lissabon-Vertrag. Damit gibt es den europäischen Staatsanwalt zwar noch nicht. Aber die primärrechtliche Grundlage ist da. Also ein erfolgreicher Einsatz.

Gehler:

Nun erweitert sich ja die Europäische Union mit 1. Mai 2004 um neue Mitgliedsländer. Sie waren bis November 2004 in der Kommission Prodi und erlebten noch ungefähr ein halbes Jahr neue Kommissare aus der Mitte und dem Osten Europas. Eine völlig neue Erfahrung?

Schreyer:

Ich habe die Erweiterung am 1. Mai 2004 nachts auf der Brücke über die Oder zwischen Frankfurt/Oder und Slubice gefeiert. Der polnische Außenminister Wlodzimierz Cimoszewicz und der deutsche Außenminister Joschka Fischer trafen dort zusammen. Es war ein sehr symbolischer Ort für die Erweiterungsfeier und sehr bewegend. Nicht eine Glamourparty wie

Michaele Schreyer

in Berlin, sondern hier trafen zwei arme Grenzregionen aufeinander, in denen die politische Teilung des Kontinents und nun deren Überwindung physisch erlebbar war und ist. Matthias Platzeck als Ministerpräsident von Brandenburg war selbstverständlich auch dort und wir erinnerten uns daran, wie wir kurz nach dem Fall der Berliner Mauer auch auf einer Brücke standen und – er aus Potsdam, ich aus West-Berlin kommend – die Glienicker Brücke wieder für den Fahrradverkehr geöffnet haben. Und nun 2004 die Erweiterungsfeier auf der Oderbrücke – ein guter Lauf der Geschichte.

Als es um die praktische Umsetzung der Erweiterung für die Kommission als Kollegium ging, konnte ich die Erfahrungen gut einbringen, die ich bei der Wiedervereinigung von Berlin mit der Zusammenführung des Ost-Berliner Magistrats und West-Berliner Senats gesammelt hatte. Ich hatte Prodi davon berichtet und einen Vorschlag gemacht und es wurde dann ein Modell mit Partnerkommissaren umgesetzt. Es gab für diese sechs Monate bis zum Einsetzen einer neuen Kommission also keine neuen Ressortzuschnitte, sondern die zehn neuen Kommissionsmitglieder wurden Partner oder Partnerin der alten Kommissionsmitglieder für das jeweilige Ressort.

Mein Partnerkommissar für das EU-Budget war Markos Kyprianou aus Zypern. Er war vorher Finanzminister in Zypern, später dann Außenminister. Ich habe durch die Zusammenarbeit sehr viel über dieses Land gelernt und ich bedauere nach wie vor, dass Deutschland sich nicht stärker engagiert, um mit seinen Erfahrungen aus der Wiedervereinigung zur Überwindung der Teilung der Insel beizutragen.

Gehler:

Sind Ihnen in dieser kurzen Zeit noch Mitglieder aus Polen, Ungarn, Ostpolen, Estland, Malta, Tschechien, Slowakei, Litauen und Lettland besonders in Erinnerung, bei denen sich für weitere Kommissions-tätigkeiten oder europapolitische Funktionen schon zukünftige Profile abzeichneten?

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Schreyer:

Einige der damals neuen Mitglieder sind auch noch in der Barroso II Kommission: Sim Kallas, Ökonom und früherer Ministerpräsident aus Estland, der den politisch-wirtschaftlichen Werdegang seines Landes in die Unabhängigkeit entscheidend mitgeprägt hat. Oder Janez Potocnik aus Slowenien, ebenfalls Wirtschaftswissenschaftler und sehr engagiert in der Verbindung von Ökonomie und Ökologie. Von ihrer Persönlichkeit hatte mich Sandra Kalniete aus Lettland sehr beeindruckt. Ihr Buch „Mit Ballschuhen im sibirischen Schnee“ über die Geschichte ihrer Familie in der Zeit des stalinistischen Terrors ist äußerst lesenswert. Jan Figel aus der Slowakei war Partnerkommissar für den Bereich Unternehmen und Informationsgesellschaft, Jan Borg aus Malta Partnerkommissar im Ressort Entwicklungspolitik und Pavel Telicka aus der Tschechischen Republik Partnerkommissar von David Byrne für Gesundheit. Diplomatisch sehr erfahren war Peter Balazs aus Ungarn, Partnerkommissar von Michel Barnier für Regionalpolitik. Er ist wieder in die Wissenschaft gegangen und lehrt heute in Budapest an der Central European University. Auch Danuta Hübner, die für Polen die Beitrittsverhandlungen geführt hatte, war dadurch mit allen Facetten europäischer Politik vertraut. Sie ist heute im EP weiterhin sehr in der Regionalpolitik engagiert.

Sehr gut verstanden habe ich mich mit Dalia Grybauskaite aus Litauen, die in der Barroso I Kommission meine Nachfolgerin als Haushaltskommissarin wurde. Eine sehr willensstarke Person, sehr klar und knapp in Verhandlungen. Dass sie Präsidentin ihres Landes wurde, hat mich nicht überrascht und sehr gefreut, denn es ist sehr gut, wenn im Europäischen Rat auch jemand die Erfahrung von der supranationalen Ebene einbringt.

Gehler:

Die mittel- und osteuropäischen Neumitglieder brachten ja auch eine spezifische Russlanderfahrung bzw. einen Sowjetkomplex ein. Haben Sie so etwas bemerken können, also Antikommunismus und die Angst vor dem russischen Bären?

Schreyer:

Was heißt hier „Angst vor dem russischen Bären“? Die politische Einstellung meiner West-Kollegen gegenüber Russland war nach meinem Dafürhalten manchmal etwas zu viel von ‚wishful thinking‘ geleitet. Meine Kollegen aus Ost- und Mitteleuropa brachten eine andere geschichtliche Erfahrung mit. Auch ich hatte als Berlinerin einen anderen politischen Hintergrund. Vor der Erweiterung war ich die einzige, die in einem gewissen Sinne aus dem „Osten“ kam. Meine politische Wahrnehmung war eben auch dadurch geprägt, dass Berlin die volle politische Souveränität erst 1990 erlangt hat und aus der Zeit vor 1989 hatte ich auch einen anderen Blick auf russische, damals sowjetische Politik. Auch vor diesem persönlichen historischen Background habe ich die Erweiterung der Kommission um meine Kollegen aus Ost- und Mitteleuropa sehr positiv erlebt.

Gehler:

Wie haben Sie eigentlich Ihr Ausscheiden aus der Kommission empfunden? Sie waren extrem engagiert, sind aufgegangen in dieser neuen Aufgabe und haben sie mit Leben erfüllt sowie ein Profil entwickelt. Hätten Sie sich gewünscht weiter zu bleiben?

Schreyer:

Es war seit dem Vertrag von Nizza für mich klar, dass ich nur fünf Jahre, also eine Amtsperiode Mitglied der Kommission sein werde. Mit Nizza war im Hinblick auf die Erweiterung geregelt worden, dass die großen Mitgliedsstaaten nicht mehr zwei, sondern wie jeder andere Mitgliedsstaat auch nur noch eine Person für die Kommission nominieren können. So war für mich klar und absolut verständlich, dass die größere Partei in der Regierungskoalition, also die SPD, für sich das Nominierungsrecht für die nächste Kommission in Anspruch nehmen wird, die dann Ende 2004 ins Amt kam. Gerade deshalb habe ich die fünf Jahre politisch genutzt. Ich bin übrigens eine strikte Verfechterin der jetzigen Regelung, nach der sich die Kommission aus je einem Staatsangehörigen aus jedem Mitgliedsstaat zusammensetzt. Ich halte eine Verkleinerung, die ja immer wieder in Rede ist, aus zwei Gründen für falsch. Erstens ist die jetzige Regelung ein Ausdruck der Gleichheit der Mitgliedsstaaten, was zu den Fundamenten

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

gehört, auf denen die EU aufgebaut ist. Zweitens verkennt das Gerede, die Kommission sei mit ihren jetzt 27 Mitgliedern zu groß, völlig die Arbeit der Kommission. Diese besteht ja zu einem wesentlichen Teil in Verhandlungen. Auf EU-Ebene haben wir weder im Rat noch im Parlament feste Mehrheiten, sondern die Kommission muss mit einer Vielzahl von Parlamentsmitgliedern verhandeln, durch die Hauptstädte touren und mit den Ministern verhandeln, um Mehrheiten für ihre Vorschläge zu bekommen. Sie muss in der Öffentlichkeit dafür werben und auch in nationalen Parlamenten. Die Governance-Struktur der EU ist eben nicht eine vertikale, sondern eine horizontale. Kooperation ist das Stichwort. Außerdem wollen die hochrangigen Politiker aus dem eigenen Land, wenn sie nach Brüssel kommen, nicht mit Kommissionsbeamten reden, sondern wollen den Kommissar, die Kommissarin sprechen. Die Kommissionsmitglieder haben ja keine politischen Stellvertreter im Sinne von Staatssekretären. Das ist in den Mitgliedsstaaten anders. In Deutschland haben wir allein auf Bundesebene, wenn man neben der Bundeskanzlerin die Minister, Staatsminister, verbeamteten und parlamentarischen Staatssekretäre zusammenzählt, eine Gruppe von 60 Personen mit Regierungsverantwortung. Hinzu kommen die Ministerpräsidenten der Länder und zusammen mehrere Hundert Personen, die Minister oder Staatssekretäre auf Landesebene sind. Wer also aus Deutschland sagt, die Kommission sei zu groß, misst mit verschiedenen Maßstäben. Eine Verkleinerung der Zahl der Kommissionsmitglieder ohne Schaffung von Juniorkommissaren oder Staatssekretären würde in meinen Augen die Kommission gravierend schwächen.

Gehler:

Wir haben noch eine Reihe von Namen, allerdings nicht aus dem Kommissionskollegium. Während Ihrer Amtszeit als EU-Kommissarin haben Sie auch viele Regierungspolitiker kennen gelernt, u.a. Bundeskanzler Gerhard Schröder. Wie empfanden Sie grundsätzlich die Europapolitik von Schröder?

Schreyer:

Bei Bundeskanzler Schröder gab es einen merklichen Wandel in seiner europapolitischen Einstellung: angefangen von einer gewissen Europa-Distanz hin zu einem immer engagierteren Förderer der europäischen Integration. Mir als spätere Haushaltskommissarin ist natürlich noch in Erinnerung, dass er ganz zu Anfang seiner Kanzlerschaft gesagt hatte: „Die in Brüssel verbraten unser Geld.“ Solche Schlagworte setzen sich in der Bevölkerung immer schnell fest. Er hat dies aber später nicht wiederholt. Ich erkläre mir die anfängliche Distanz zur EU damit, dass er sich als früherer Ministerpräsident eines Bundeslandes in einer Kompetenz-Konkurrenz sowohl mit dem Bund als eben auch mit der EU sah – was häufig auf Landesebene anzutreffen ist. In der Tat waren die Bundesländer zu dem Zeitpunkt viel zu wenig in die europäische Politik eingebunden. Es hatte auch bei einigen Bundesministerien und bei der Ständigen Vertretung Deutschlands in Brüssel nicht gerade Begeisterung ausgelöst, dass ich in einigen Sachfragen – z.B. Kontrolle der Fonds aus dem EU-Haushalt – das direkte Gespräch mit den Ländern suchte. Mittlerweile hat sich bei der Einbeziehung der Länder einiges getan, wobei ich aber noch Spielraum für weitere Verbesserungen sehe.

Schröder stand oft Wettbewerbsentscheidungen der Kommission kritisch gegenüber. Die progressive Umweltpolitik der Prodi-Regierung fand auch nicht per se seinen Beifall und den schweren Konflikt beim Stabilitäts- und Wachstumspakt haben wir ja schon erwähnt. Aber Schröder ist ein Machtmensch und er hat sehr schnell erkannt, wie viel zusätzliche Gestaltungsmacht ein gemeinsames Vorgehen in Europa und global auch für den Kanzler eines großen Mitgliedsstaates bringt. Das Poolen von Souveränität ist im globalen Wandel eben kein Verlust, sondern ein Zuwachs an Gestaltungsmöglichkeit. Bei der Koordination der Wirtschaftspolitiken hat Schröder die ambitionierten Ziele der Lissabon-Strategie stark gefördert, wobei er immer darauf gedrängt hat, dass die EU ein attraktiver und innovativer Industriestandort bleiben muss – und damit hatte er ja total Recht. Seine besonderen europapolitischen Verdienste liegen in seinem Engagement für die Erweiterung der EU und bei der Weiterentwicklung der Verträge. Nicht zuletzt wurde die Einsetzung des Grundrechte-

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Konvents auf Initiative der Regierung Schröder 1999 auf dem Gipfel in Köln beschlossen mit dem sehr guten Ergebnis, dass wir heute die verbindliche Charta der Grundrechte der EU haben.

Gehler:

Welche Meinung haben Sie von der europäischen Politik von Präsident Chirac? 1996 hatte er eine Reise nach Polen unternommen und den EU-Beitritt für 2000 versprochen.

Schreyer:

Man kann ein Beitrittsdatum nicht versprechen. Das wurde im Zuge der Beitrittsverhandlungen sehr deutlich. Wo es dennoch gemacht wurde, haben die Ergebnisse gelitten. Die Europapolitik von Präsident Chirac zu bewerten, steht mir nicht an. Ich kann nur ein paar Aspekte nennen, die mich als Mitglied der Kommission direkt tangiert haben. Da war einmal sein leider immer sehr erfolgreicher Einsatz im Europäischen Rat für ein hohes Agrarbudget. Das geschah meistens im deutsch-französischem Tandem. Dass mein Versuch, ein paar Hundert Millionen Euro aus dem Agrarbudget ins außenpolitische Budget umzuschichten, an Chirac und Schröder gescheitert ist, hat für die gemeinsame Außenpolitik problematische Folgen gehabt. Dann wurden durch beider Initiativen die Agrarausgaben für die Finanzperiode 2007-2013 zwar gedeckelt, aber gleichzeitig auf ziemlich hohem Niveau gesichert. Ich konnte dann auch durch Kooperation mit anderen Ländern das Ergebnis noch etwas im Sinne des EU-Haushalts abmildern. Zum anderen ist Chiracs Politik in puncto Vertragsänderungen zu nennen. Das Ergebnis der Regierungskonferenz von Nizza unter französischer Ratspräsidentschaft war enttäuschend. Chirac hat zwar die Erweiterung aus vielen Gründen unterstützt und gewollt, aber Nizza war doch eine Art Aufbegehren der Grande Nation gegen eine weitere Teilung des Einflusses in der EU mit weiteren Staaten. Und den Entwurf für eine Verfassung für Europa hatte er zwar begrüßt, aber eben nicht genug studiert und die ziemlich vermässelte Fernsehdiskussion über den Verfassungsvertrag hat wohl nicht wenig zu dem Non der Franzosen im Referendum zu diesem Vertrag beigetragen. Aber wie gesagt, das sind einige Assoziationen, kein Gesamturteil über die Europapolitik von Präsident Chirac.

Gehler:

Gestatten Sie mir noch die Frage nach der Außen- und Europapolitik von Joschka Fischer.

Schreyer:

Fischer hat den großen Aufschlag zu seiner Europapolitik am 12. Mai 2000 mit der Rede an der Humboldt-Universität gemacht. Mit seiner Vorstellung einer Föderation europäischer Staaten hat er der Debatte um die Zukunft Europa einen enormen Impuls gegeben. Fischer hat Spuren hinterlassen und großes Ansehen, auch in der Kommission, erworben.

Gehler:

Diese Rede von Joschka Fischer als Beitrag zur Verfassungsdebatte war als privat deklariert, er hat sie als Privatmann gehalten. Sie war fulminant und föderalistisch angelegt, ein signifikanter Unterschied zu Schröder, von dem man solch eine Rede nicht hörte. Ich kenne überhaupt keine explizit dem Thema Europa gewidmete Rede von Schröder aus seiner Regierungszeit. So war dies ein deutliches Zeichen von der Grünen-Partei und von Fischer als Privatmann und nicht als Außenminister. Haben Sie zu den Hintergründen dieser Rede noch Erinnerungen bzw. wie sie im Kontext der deutschen Europapolitik aufgenommen wurde?

Schreyer:

Wenn es um langfristige Ziele und um Visionen geht, ist es immer schwierig, dies im Kabinett abzustimmen. Vielleicht hat er deshalb das Etikett des Privatmanns für die Rede gewählt. In der Europapolitik war Fischer an Helmut Kohl orientiert. Deshalb sah er es als seine Aufgabe und als Chance seines Amtes an, Impulse für die weitere Entwicklung Europas – für die Vertiefung und die Erweiterung – zu geben, ich will nun nicht sagen „Pflöcke zu setzen“, aber Ideen einzubringen, die eine Triebkraft für eine neue Entwicklung erzeugen können.

Auch für die europapolitische Positionierung der Grünen war es eine sehr wichtige Rede, weil zu diesem Zeitpunkt die Partei gerne die Position vertrat „Europa – Ja. Aber...“ Das „aber“ stand ganz vorn. Das hat sich gewandelt. Heute bejahen die Grünen längst das Ziel eines immer engeren Zusammenschlusses – wie es in den Verträgen formuliert ist –, d.h. einer

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

tieferen politischen Integration und akzeptieren, wenn dabei im demokratischen Prozess Entscheidungen getroffen werden, die wir falsch oder zu zögerlich finden. Deshalb stellen wir dann nicht den Integrationsweg in Frage, sondern verstärken unser Engagement für grünere Ergebnisse. Zu dieser klar pro-europäischen Position haben sowohl die Politik Fischers beigetragen als auch der starke Einfluss, den die Grünen auch als kleine Fraktion aufgrund des in meinen Augen sehr fortschrittlichen demokratischen Systems im Europäischen Parlament auf Entscheidungen haben und ebenso die Tatsache, dass viele Ziele europäischer Politik mit grünen Zielen übereinstimmen.

Gehler:

Fischer hat sofort Ambitionen darauf angemeldet und im Verfassungskonvent auch wahrgenommen. Er ist in den Giscard-Konvent gegangen und schien nicht abgeneigt, einmal EU-Außenminister zu werden. Wie haben Sie das empfunden? War das realistisch? Hätte er dazu auch Mehrheiten bekommen?

Schreyer:

Fischer hat nicht von Anfang an an den Konventssitzungen persönlich teilgenommen – wie andere Außenminister auch nicht. Aber er hatte zeitig das politische Gespür, dass hier entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft der EU gesetzt werden. Er hat sich dann persönlich als Außenminister sehr in die Arbeit und Entscheidungen des Konvents eingebracht und die anderen Außenminister sind seinem Beispiel gefolgt. Das war wichtig, weil es die Chancen erhöhte, dass der Entwurf des Konvents in der dann folgenden Regierungskonferenz übernommen wird. Ob Fischer Ambitionen auf den Doppelhut als EU-Außenminister und Vizepräsident der Kommission hatte, weiß ich nicht. Auch die Frage nach den Chancen ist reine Spekulation, weil dies ja spezifische Konstellationen vorausgesetzt hätte, z.B. dass zum Zeitpunkt der Nominierung eine entsprechende Koalition in Berlin mit Grüner Beteiligung bestanden hätte und vieles andere mehr. Hätte er im Europäischen Parlament Zustimmung gefunden? Das kann ich mir gut vorstellen, denn das Parlament mag europäische Politiker vom Format eines Joschka Fischer.

Gehler:

Die Kommission Prodi war auf klarem Osterweiterungskurs. Dennoch gibt es eine Frage zu den Hintergründen: Wer waren eigentlich die Bremser, bzw. die Motoren der Osterweiterung unter den Mitgliedsstaaten?

Schreyer:

Motor waren die Geschichte und der Freiheitswille der Kandidatenstaaten. Die Prodi-Kommission hat den Erweiterungsprozess nicht nur deshalb zu ihrem Schwerpunkt gemacht, weil sie dem Vertrag verpflichtet ist, nach dem jeder europäische Staat einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU stellen kann, sondern auch weil nicht vorhersehbar war, wie lange das Fenster der Gelegenheiten offen ist. Die Kandidatenstaaten hatten sich dafür entschieden, den Weg der Demokratie und der europäischen Werte zu gehen, aber ob die Demokratien ohne den Rahmen der EU stark genug blieben, wer kann das sicher sagen? Deshalb war es auch eine geschichtliche Verantwortung der Kommission, den Erweiterungsprozess zu fördern. Prodi hat es sehr geschickt gesteuert, dass in jeder Ratspräsidentschaft wichtige Schritte im Erweiterungsprozess zu entscheiden waren, so dass alle alten Mitgliedsstaaten Ambitionen entwickelt haben und Motoren der Erweiterung wurden.

Gehler:

Wie bewerten Sie die Osterweiterung 2004 aus politischer und ökonomischer Sicht? Hat sich an dieser Einstellung aus der Retrospektive etwas geändert?

Schreyer:

Die Tätigkeit als Mitglied der Kommission hat mein historisches Bewusstsein über die europäische Entwicklung geschärft. Dazu haben auch die persönlichen Erlebnisse beigetragen, wie stark das Leben von Menschen, mit denen ich nun auf internationaler Ebene zusammenarbeitete oder denen ich begegnete, vom Unrecht des Nationalsozialismus beeinflusst, wie stark sie selbst davon betroffen waren. Es war die Familie von Frits Bolkenstein direkt betroffen. Viviane Redings Familie gehörte zur Resistance und hat unter dem nationalsozialistischen Terror gelitten. Auf einer Dienstreise hoch im Norden von Finnland begegnete ich einem

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

finnischen Abgeordneten, der als Kind einer Finnin und eines Wehrmachtangehörigen aus der deutschen Besatzungszeit das Unrecht dieser Zeit und die Folgen für diese Kinder erlitten hatte. Durch diese Erlebnisse wurde mir immer wieder bewusst, wie großartig es ist und wie dankbar wir als Deutsche sein müssen, dass wir trotz dieser Geschichte am europäischen Verhandlungstisch sitzen dürfen und gemeinsam europäische Politik gestalten können.

Gehler:

Es ist immer wieder bemerkenswert, wie lange diese Zeit noch nachwirkt. Wir haben dies auch von Hans von der Groeben in der Zeit der 1950er und 1960er Jahre erfahren, aber dass es noch in den 1990ern so stark spürbar war, ist wirklich bemerkenswert und umso erfreulicher der Europäisierungsverbund, über Europa wieder zueinander zu finden.

Schreyer:

Ja, und gerade als Berlinerin war mir in der Kommissionsarbeit die geschichtliche Veränderung sehr präsent und bewusst, denn die politischen Kriegsfolgen waren für Berlin erst 1990 überwunden, als Berlin volle Souveränität erlangte und die Teilung der Stadt zu Ende war. Und dann 2004 die Osterweiterung der EU und damit die Überwindung der Teilung Europas! Welch gute Entwicklung. Meine Gedanken und Gefühle hierzu sind am besten ausgedrückt in dem schönen Satz aus der Berliner Erklärung zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften: „Wir sind zu unserem Glück vereint.“

Gehler:

Das ist wahrlich ein schönes Schlusswort! Ganz herzlichen Dank für dieses Gespräch.

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** ist ein interdisziplinäres Forschungs- und Weiterbildungsinstitut der Universität Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfassten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Sie geben die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten des ZEI zusammen.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** is an interdisciplinary research and further education institute at the University of Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. They express the personal opinion of the authors. The papers often reflect on-going research projects at ZEI.

Die neuesten ZEI Discussion Paper / Most recent ZEI Discussion Paper:

- C 205 (2011) Andreas Marchetti/Louis-Marie Clouet
Leadership by Credibility. Franco-German Visions of the Future of the Union
- C 206 (2011) Chibuike Uche
The European Union and Monetary Integration in West Africa
- C 207 (2011) Klaus-Jörg Heynen
Negotiating EU Law. Particularities and Conclusions
- C 208 (2011) Corsino Tolentino/Matthias Vogl (eds.)
Sustainable Development in West Africa
- C 209 (2012) Patricia Luíza Kegel/Mohamed Amal
MERCOSUR and its Current Relationship to the European Union. Prospects and Challenges in a Changing World
- C 210 (2012) Peter M. Schmidhuber
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 211 (2012) Ludger Kühnhardt/Tilman Mayer (Hrsg.)
Die Gestaltung der Globalität. Schlüsselwörter der sozialen Ordnung (I)
- C 212 (2012) Ludger Kühnhardt
Regieren in der europäischen Föderation
- C 213 (2012) Ryszard Rapacki
Poland and Greece – Two Contrasting EU Enlargement Experiences
- C 214 (2012) Claudia Rommel
Economic Partnership Agreements in the EU's post-Lomé Trade Regime: Negotiations with West Africa
- C 215 (2013) Ludger Kühnhardt/Tilman Mayer (Hrsg.)
Die Gestaltung der Globalität. Schlüsselwörter der sozialen Ordnung (II)
- C 216 (2013) Marc Jan Eumann
Current Challenges in EU Politics. A Perspective from North Rhine-Westphalia
- C 217 (2013) Desislava Krалеva
Free Movement of Workers in the EU. Legal Aspects of the Transitional Arrangements
- C 218 (2013) Martin Seidel
Die deutsche Europapolitik unter den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts
- C 219 (2013) Thorsten Kim Schreiweis
Die Demokratisierung der Europäischen Union
- C 220 (2013) Michaele Schreyer
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Die vollständige Liste seit 1998 und alle Discussion Paper zum Download finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.zei.de>.

For a complete list since 1998 and all Discussion Paper for download, see the center's homepage: <http://www.zei.de>.

